Sonntag, 13. August 1922. Einzelnummer 30 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 181

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 80.—M. Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Polens und Deutschlands Interesse am Wirtschaftsabkommen.

In der polnischen Presse werden die bevorstehenden polnisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen lebhaft diskutiert. Nachstehend bringen wir einen Aufsatz der „Gazeta Lwowska", in dem das gegenseitige Interesse beider Staaten an dem Zustandekommen des Abkommens behandelt wird. In dem Aufsatz heißt es:

Eine der wichtigsten Aufgaben der Republik Polen ist der Handelsvertrag mit Deutschland, der binnen kurzem abgeschlossen werden soll. Hat dieser Vertrag doch eine riesige politische und wirtschaftliche Bedeutung für Polen und für ganz Europa.

Im Laufe der letzten Jahre hat das Wirtschaftsleben in Polen eine Wiedergeburt erfahren, ja, in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 ist Polen im Handel mit Getreide und Eiern sehr aktiv gewesen und in der Weberei wurde die Konjunktur der Vorkriegszeit erreicht. Die Produktion auf dem Eisenmarkt hat allerdings nur 30 Prozent der Vorkriegszeit erreicht. Und gerade dieser Umstand kann unmöglich dazu beitragen, beruhigend auf unser Wirtschaftsleben zu wirken. In Polen findet man keine Bautätigkeit, es werden weder Wohnhäuser noch industrielle Anlagen gebaut, wir leiden Mangel an Remontierungen und Installationen. Jahraus, jahrein werden ja wohl Bauten vorgenommen und Installationen bewerkstelligt, doch der andauernde Stillstand in ihrer Wiederherstellung kann katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Dieser Stillstand kann ein Ende nehmen mit dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland, der die Möglichkeit bieten würde, die Installationen und die Bautätigkeit in Polen im Verhältnis zu den Preisen für die Lebensmittel billiger sich gestalten zu lassen und der Überfluß an Nahrungsmitteln würde bei Inanspruchnahme des deutschen Marktes insofern an Quantität und Qualität gewinnen, als die polnische Landwirtschaft in der Lage versetzt werden würde, sehr große Fortschritte zu machen.

Die Lodzer Industrie, die heute 100 Prozent der Norm der Vorkriegszeit überschreitet, hat riesige Chancen, eine Reihe von Märkten in Europa zu gewinnen: in Ungarn, in Rumänien, Bulgarien, Südslawien, und es wäre auch nicht ausgeschlossen, daß sie sich auf den Märkten der neutralen Staaten mit hoher Valuta zur Geltung bringt. Die Lodzer Industrie braucht eine Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse, um im Konkurrenzkampfe die tschechische Industrie zu überflügeln. Zur Erhöhung der Qualität ihrer Erzeugnisse braucht sie aber deutsche Farbstoffe und in vielen Fällen neue Maschinen und Maschinenteile von deutschem Mechanismus.

Polen hat trotz des deutschen Boykotts eine Menge deutscher Waren bezogen. Die Ausfuhr von Deutschland nach Polen über Wien und Danzig übertraf den Transport eines jeden anderen Staates. Wir haben einen bedeutenden Tribut den Vermittlern gezahlt, was auf unseren Valutastand einen sehr ungünstigen Einfluß hatte. Der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland aber mit der Klausel einer größtmöglichen Privilegierung würde der Faktor sein, der zur Besserung unserer Bilanz der Handelspassiven führen wird. Einen großen Einfluß könnte für diese Bilanz der Umstand haben, daß Deutschland Polen, d. h. unseren Industriellen und Großkaufleuten unter Garantie des polnischen Staates einen Milliardenkredit bewilligt, wie Deutschland einen Halbmilliardenkredit Lettland gegeben hat. In den deutschen Aktiengesellschaften ist in der letzten Zeit ein hoher Prozentsatz fremden Kapitals beteiligt, dagegen ist das deutsche Kapital in Transportunternehmungen der Vereinigten Staaten, in vielen neuen Fabriken Italiens, Oesterreichs und anderer Staaten engagiert. Das liegt daran, daß das Kapital der neutralen Staaten in deutschen Unternehmungen untergebracht wird, denen sie vertrauen und die die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Reihe von Staaten kennen, und dort halten sie mit dem ausländischen Kapital zusammen. Die Deutschen beginnen die Rolle eines Distributators des internationalen Kapitals zu spielen, und nur durch Deutschland ist es für Polen möglich, ausländisches Kapital zu erlangen.

Die polnische Industrie hat von ausländischen Krediten vor dem Kriege durch Deutschlands Vermittelung Nutzen gezogen, gegenwärtig haben mit Rohwolle handelnde Firmen in den Vereinigten Staaten deutschen Firmen einen riesigen Kredit angeboten, d. h. riesige Vorräte an Rohwolle unter sehr günstigen Kreditbedingungen. Dieser Kredit von den deutschen Experten wird der deutschen Industrie zum Nutzen gereichen.

Die politischen Vorteile des Handelsvertrages mit Deutschland, der auf der Klausel der Meistbegünstigung seine Grundlage haben müßte, sind sehr bedeutend. Die Unpopularität Polens auf dem internationalen Gebiet wurde durch einen scharfen polnisch-deutschen Antagonismus hervorgerufen. In diesem verschärften Antagonismus sieht Europa eine große Unsicherheit für den europäischen Frieden. Ein deutsch-polnischer Handelsvertrag mit der Klausel der größtmöglichen Bevorzugung wird also ein mildernder Faktor für den polnisch-deutschen Antagonismus werden. Diesem Faktor werden Interessen entspringen, die für beide Teile sehr wichtig sind. Deutschlands Wille, uns das bolschewistische Rußland entgegenzuwerfen, wird geschwächt und neutralisiert durch das Eindringen in diese Interessen, die nach dem Abschluß des polnisch-deutschen Vertrages entstehen! Polen ist mit seiner 29 Millionen-Bevölkerung heute ein wichtigerer Absatzmarkt als das 120 Millionen-Rußland. Durch polnisch-deutsche Kooperationen wird Deutschland nicht geschwächt, sondern es wird seine Stellung gegenüber Rußland festigen. Der polnisch-deutsche Handelsvertrag begegnet dem Beifall der meisten europäischen Staaten als eine Erscheinung der Pazifikation, der Festigung des Friedens und der Erweiterung des wirtschaftlichen Lebens Europas.

Für Deutschland hätte ein Handelsvertrag mit Polen eine unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung. Deutschland hatte vor dem Kriege eine geringere landwirtschaftliche Grundlage als es sie von der industriellen Produktion besaß. Nach dem Kriege verlor Deutschland die landwirtschaftlichen Provinzen Posen, Pommerellen und einen bedeutenden Teil Westpreußens und dadurch hat seine landwirtschaftliche Grundlage eine Verringerung erfahren. Außerdem verringerte sich die landwirtschaftliche Produktion infolge der geringeren Ergiebigkeit. Die Roggenproduktion im Jahre 1920 fiel im Verhältnis zum Jahre 1913 bis zu 50 Prozent, die Produktion des Weizens bis zu 55 Prozent und die der Gerste bis zu 56 Prozent. Die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten beträgt 53 Prozent der Vorkriegsnorm, dagegen die Fleischeinfuhr 286 Prozent und die Einfuhr von Butter und Margarine 186 Prozent der Einfuhr vor dem Kriege. Der Weinkonsum beträgt 72 Prozent der Vorkriegszeit. Der geringere Weinverbrauch zeugt von der Verarmung Deutschlands. Die Enthaltsamkeit, der geringere Verbrauch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, besonders von Getreide, der eine gewisse Rekompensation in dem größeren Verbrauch von Fleisch und Fett findet, ist ein Beweis für die Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands, die durch eine größere landwirtschaftliche Produktion in den Nachbarländern und in erster Linie in Polen beseitigt werden könnten.

Rußland führte nach Europa 600 Millionen Pud Getreide aus. Das Fehlen dieser Position in der Handelsbilanz Europas vergrößert die Ernährungsschwierigkeiten. Es wäre also angezeigt, daß Polen zusammen mit den von Rußland abgetrennten Staaten Rußland als Getreidelieferant Europas vertritt, was erreicht werden kann, wenn die Ergiebigkeit im polnischen Staate zu der Vorkriegsnorm in den Provinzen Posen und Westpreußen gesteigert werden könnte, die eine 1½ größere Ergiebigkeit aufwiesen als Kongreßpolen, trotzdem sie nicht einen besseren Boden haben. Sie verdanken dies der wirtschaftlichen Kooperation mit den industriellen Gebieten Deutschlands, den Lieferantinnen künstlicher Düngemittel sowie landwirtschaftlicher Maschinen.

Hieraus geht hervor, daß die landwirtschaftliche Kooperation der beiden Nachbarstaaten Polen und Deutschland erhebliche Resultate in der landwirtschaftlichen Produktion Polens, gleichzeitig aber auch in dem Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte in allen beiden Staaten zeitigen kann. Die Preise der Düngemittel in Deutschland sind im Verhältnis zum Jahre 1913 um das 25fache, die Getreidepreise um das 53fache und die Kartoffelpreise um das 45fache gestiegen. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind somit im Verhältnis zu den Preisen der künstlichen Düngemittel in Deutschland mehr als um das Doppelte gestiegen. Deutschland hat bis in die letzte Zeit hinein bedeutende Beträge zur Herabsetzung der Preise für landwirtschaftliche Produkte an seine Konsumenten gezahlt. Diese Position ist aus Sparsamkeitsrücksichten aus dem Budget Deutschlands gestrichen worden. In Anbetracht dessen gewinnen Handelsverträge mit den landwirtschaftlichen Nachbarstaaten für Deutschland ganz besonderes Interesse. Zur Hebung der polnischen Landwirtschaft, die Mangel an lebendem Inventar leidet, ist die Einfuhr von Tieren erforderlich, die zur Hebung der Viehrasse beitragen würden. Polen war vor dem Kriege

Kabinettberatungen in London und Paris.

Die Londoner Konferenz auf dem toten Punkt.

Der englische Kabinettsrat.

London, 10. August. Der Kabinettsrat trat heute nachmittag 3 Uhr zusammen; alle Mitglieder des Kabinetts, mit Ausnahme von Balfour und Churchill, nahmen daran teil. Die meisten der Minister erschienen in Reiseanzügen, da sie schleunigst von Glasgow nach London geeilt waren. Der Kabinettsrat endete kurz nach 5 Uhr nachmittags. Man erfährt, daß keine neuen Zusammenkünfte des Kabinetts vorgesehen sind. Über den Verlauf des Kabinettsrates ist keine Note ausgegeben worden.

Man erfährt indessen zuverlässig, daß neben den Fragen der allgemeinen Politik im Kabinettsrat auch die Frage diskutiert wurde, ob Lloyd George eine Modifikation seines eigenen Reparationsplanes annehmen soll. Außerdem wurde die Möglichkeit erörtert, eine neue Konferenz zur Diskutierung einer Annullierung der Kriegsschulden einzuberufen, um Poincaré die Möglichkeit zu geben, sein Programm zu modifizieren und gleichzeitig doch der französischen Kammer ein positives Ergebnis vorlegen zu können. Lloyd George hat, das steht fest, von seinen Kabinettskollegen die Ermächtigung erbeten und erhalten, seine Politik fortzusetzen.

Aus guter Quelle verlautet, daß Poincaré damit beschäftigt ist, einen Plan fertigzustellen, den er schon in Paris vorbereitet hatte, ehe die Note Balfours veröffentlicht wurde, auf Grund dessen Frankreich in der Reparationsfrage Opfer bringt, während England seinerseits einen Teil der französischen Kriegsschuld opfert. Durch diesen Plan würde auch die deutsche Schuld beträchtlich reduziert werden.

Über dem Bericht der Sachverständigen schwebt noch ein gewisses Geheimnis, da der volle Text nicht veröffentlicht wurde. In französischen Kreisen heißt es, daß diese Zurückhaltung auf besonderen Wunsch Poincarés geübt wurde. Soviel man erfahren kann, sind die französischen und englischen Sachverständigen über zwei Punkte einig.

Eine englische Denkschrift.

London, 10. August. Als Ergebnis der Ministerratssitzung gibt die englische Delegation heute abend ein Dokument an die übrigen Delegationen, in dem die englische Politik festgelegt wird. Obgleich betont wird, daß bis jetzt noch keine neue Entwickelung der Lage eingetreten ist, wird doch zugegeben, daß dieses Dokument die deutsche Seite der Reparationsfrage berühre, und man glaubt, daß es sich außerdem auch mit der Frage der Schuldenstreichung befassen wird. Auf jeden Fall wird es neue Vorschläge enthalten. Dieses Dokument wird nicht veröffentlicht werden, ehe es die Delegationen in London empfangen und geprüft haben.

Die Konferenz wird morgen vormittag zu einer neuen Sitzung zusammentreten.

Der französische Ministerrat genehmigt einen Kompromiß.

Paris, 10. August. Im französischen Ministerrat, der heute vormittag von 9 Uhr ab im Elysé unter dem Vorsitze Millerands tagte, ist die Entscheidung zugunsten eines Kompromisses gefallen. Der Ministerrat hat beschlossen, Poincaré zur Gewährung von Zugeständnissen an England zu ermächtigen. An sämtlichen französischen Stellen wurde diese Entscheidung heute abend bestätigt. Man lehnt jedoch nähere Auskunft über die Zugeständnisse, zu denen Frankreich bereit ist, ab.

In hiesigen politischen Kreisen ist man, soweit ich feststellen konnte, allgemein davon überzeugt, daß Poincaré auf die Zollschranken am Rhein sowie auf die Zolleinkreisung des Ruhrgebietes verzichten werde. Nach Mitteilungen von zuverlässig unterrichteter Seite wird Poincaré dafür die Beteiligung Frankreichs oder der Verbündeten an der deutschen chemischen Industrie und an der deutschen Flugzeugindustrie fordern. Dann wird ein anderer Plan wieder aufgegriffen, dessen Hauptziel die Überwachung der gesamten chemischen Industrie zur Verhinderung der Fabrikation von Kriegsgasen und sonstigen Angriffsmitteln ist.

An Pariser amtlicher Stelle hält man es für sicher, daß die Londoner Konferenz morgen zum Abschluß gelangt. Nach dem Ministerrat wurde den Blättern folgendes Kommuniqué zugestellt: Der Ministerrat hat über die äußere Lage beraten und hat von den Telegrammen Kenntnis genommen, die in den letzten drei Tagen ausgetauscht worden sind, und hat seine Meinung sowie seine einstimmige Billigung dem Ministerpräsidenten durch ein Telegramm, das nach Schluß der Sitzung unterzeichnet worden ist, zu erkennen gegeben.

Am Donnerstag Pause der eigentlichen Konferenz.

Paris, 10. August. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur meldet aus London: Der Donnerstag der Londoner Konferenz ist im Programm, was die eigentlichen Konferenzberatungen anbetrifft, als Ruhetag vorgesehen, da er weder eine Minister- noch eine Sachverständigen-Zusammenkunft vorsieht. In der Zwischenzeit herrscht ein lebhafter Verkehr unter den einzelnen Delegationen. Poincaré und Delasteyrie hatten heute vormittags eine Konferenz mit den französischen Sachverständigen. Theunis war weiter bemüht, eine Verständigung herbeizuführen. Er konferierte mit Lloyd George. Der italienische Finanzsachverständige Giannini hat dem englischen Außenminister einen Besuch abgestattet. In Konferenzkreisen wird die Lage als ernst betrachtet.

Befürchtungen der deutschen Presse.

Berlin, 10. August. Die deutsche Presse bespricht die Londoner Konferenz und weist darauf hin, daß bisher jede Konferenz der Entente schließlich mit einem Kompromiß geendigt habe, der die wirtschaftlichen Fragen auf politischem Wege zu lösen suchte. Die Blätter bezweifeln also, daß es in London zu einem Bruch der Entente kommen sollte, weisen vielmehr auf die Nachrichten über die Kompromißverhandlungen hin, wobei sie betonen, daß nach der bisherigen Praxis jedes auf diese Weise erreichte Ergebnis zu Ungunsten Deutschlands ausgefallen sei.

Vorschläge Lord Greys.

Berlin, 10. August. In seiner in Oxford am Mittwoch gehaltenen Rede hat Lord Grey folgende Bedingungen für die Verminderung der interalliierten Schulden aufgestellt: 1. Verringerung der deutschen Reparationsschulden in praktischen Grenzen; 2. Erteilung eines entsprechend langen Zahlungsaufschubs (Moratorium) für Deutschland, um es für die Abzahlung der Reparationen instand zu setzen; 3. Wiederaufbau Deutschlands; 4. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nach Erfüllung der Vertragsverpflichtungen.

Oesterreichs Notschrei an die Konferenz.

Paris, 9. August. Nach dem „Intransigeant" wird die Konferenz, bevor die Teilnehmer auseinandergehen, sich noch mit der österreichischen Finanzlage befassen. Die gestern abend eingetroffene Note Österreichs, in der die Regierung erklärt, sie werde die Landesverwaltung den Verbündeten übergeben, wenn man Österreich nicht die Pfänder zurückerstatte, die man ihm genommen habe, habe die Alliierten zum Nachdenken veranlaßt. Naturgemäß dürfte man einer ähnlichen Lage auch in Deutschland gegenüberstehen.

Protest der rheinischen Sozialisten gegen Poincarés Pläne.

Köln, 11. August. Vertreter der deutschen sozialistischen Parteien sowie der Berufsverbände haben nach einer Meldung der „Rheinischen Zeitung" an die Besatzungsbehörden eine Denkschrift eingereicht, mit der Bitte, sie Lloyd George zu übersenden. In dieser Denkschrift protestieren die Unterzeichneten gegen die letzten Sanktionsprojekte der Franzosen.

im Getreidehandel sehr aktiv. Sogar Provinzen, die eine passive Bilanz im Getreidehandel hatten wie Westgalizien, das Wilnaer Gebiet usw., besaßen eine aktive Bilanz im Handel mit Fleisch und mit lebendem Inventar. Um aber den Stand des lebenden Inventars zu den erwünschten Normen zu bringen, müßte Polen sich in dem wirtschaftlichen Vertrage mit Deutschland eine freie Ein- und Ausfuhr von lebendem Inventar bei entsprechender Innehaltung der veterinären Bestimmungen vorbehalten.

Gegenwärtig leidet der deutsche Konsument infolge der hohen Preise für industrielle Erzeugnisse auf dem inneren deutschen Markt, da die Valuta der industriellen Länder Europas erheblich höher ist, als die deutsche, was die Unterbringung der fertigen Produkte dieser Länder auf dem deutschen Markt und die Konkurrenz ausländischer Waren auf diesem Markt verhindert. Nur die Erzeugnisse Polens und Österreichs, dieser Länder mit niedriger Valuta, können auf den Stand der deutschen Marktpreise einwirken, das heißt gewisse pathologische Wirtschaftserscheinungen beseitigen, die durch das Fehlen einer fremden Konkurrenz hervorgerufen werden. Für die Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Staaten kann ein polnisch-deutscher Handelsvertrag und die wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens und Deutschlands eine wichtige Rolle spielen.

Aus Deutschland.

Die Berliner Verhandlungen mit Lerchenfeld.

Berlin, 9. August. (Tel.-Un.) Der Berliner Aufenthalt des Grafen Lerchenfeld hat bisher folgenden Verlauf genommen: Nach seiner Ankunft hat Graf Lerchenfeld zunächst dem Reichspräsidenten Ebert einen Besuch abgestattet. Dann hat in der Reichskanzlei eine kurze Besprechung zwischen ihm und dem Reichskanzler stattgefunden. Hieran schloß sich dann eine gemeinsame Sitzung mit der Reichsregierung, und zwar unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert. An ihr nahmen von seiten der Reichsregierung der Reichskanzler, der Justizminister, der Reichsinnenminister und der Reichswirtschaftsminister teil. Außerdem ist zusammen mit dem Grafen Lerchenfeld Reichsernährungsminister Fehr aus München eingetroffen, und nahm an der Sitzung teil. Dagegen ist Reichswehrminister Geßler nicht in Berlin anwesend. Von bayerischer Seite waren außer dem Grafen Lerchenfeld der bayerische Innenminister Schweyer und der bayerische Justizminister Gürtner und der bayerische Gesandte in Berlin v. Praeger anwesend. Nachdem der gesamte Komplex der zwischen dem Reich und Bayern schwebenden Fragen besprochen war, wurde dieser Komplex in die einzelnen Materien geschieden, worüber heute nachmittag 4 Uhr in getrennten Verhandlungen gesprochen werden soll. Die Fragen, die das Innenministerium angehen, werden zwischen den Innenministern, die der Justiz zwischen den Justizministern besprochen werden. Bisher haben die Verhandlungen in ruhiger und sachlicher Form stattgefunden, so daß Aussicht auf ruhige Beilegung der Angelegenheit vorhanden ist.

Botschafter Wiedfeld beim Reichskanzler.

Berlin. 8. August. Reichskanzler Dr. Wirth empfing heute den in Berlin weilenden deutschen Botschafter in Amerika Geheimrat Wiedfeld.

Vertrag zwischen Deutschland und Amerika.

Eilwese, 11. August. Am Donnerstag ist in Berlin vom Reichskanzler Wirth und dem amerikanischen Botschafter Houghton ein Vertrag über die Bildung einer gemischten Kommission zur Feststellung der amerikanischen Entschädigungsforderungen unterzeichnet worden. Der Kommission sollen je ein Vertreter Deutschlands und Amerikas und ein unparteiischer Schiedsrichter angehören, um dessen Ernennung sich die deutsche Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten wendet. Die Kommission beginnt ihre Tätigkeit im Laufe von zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages in Washington. Die „Voss. Ztg." und die „Deutsche Allg. Ztg." schreiben, daß dieser Vertrag einen Schritt zur Anbahnung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sowie den Beginn der endgültigen Liquidierung des Kriegszustandes mit den Vereinigten Staaten darstelle.

Provinziallandtag der neuen Provinz Grenzmark.

Schneidemühl, 9. August. Nachdem vor kurzem die Grenzmark selbständige Provinz geworden ist, war am 7. und 8. August der erste Provinziallandtag zu seiner ersten Tagung nach Schneidemühl einberufen worden. An Stelle des in den Ruhestand versetzten stellvertretenden Oberpräsidenten eröffnete Regierungsrat Hoffmann im Auftrage des preußischen Staatsministeriums den ersten Landtag. Ihm gehören insgesamt 30 Abgeordnete an, und zwar Deutschnationale 10, Zentrum 7, Mehrheitssozialisten 6, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1, Unabhängige 1, Wirtschaftsvereinigung 1, Polen 1. Die Hauptaufgabe der Tagung war, die Grundlage für den Aufbau der Selbstverwaltung der Provinz zu schaffen. Bemerkenswert hierbei ist, daß sich von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hatte, die hier im Osten allgemein überraschen dürfte. Der Provinziallandtag Grenzmark ist das erste deutsche Parlament, das den im Reichstag bisher nicht realisierbaren Gedanken einer Koalition von Crispien bis Stresemann in die Tat umgesetzt hat. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde mit 18 Stimmen Lehrer Rösler-Schneidemühl (Sozialist) gewählt. Zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses wählte man ebenfalls mit 18 Stimmen Stadtrat Schwob-Schneidemühl (Zentrum). Hervorzuheben ist weiter, daß zum Landeshauptmann der neuen Provinz der Kandidat der Mehrheitssozialisten, der zweite Bürgermeister von Brandenburg, Dr. Kaspari, gewählt worden ist. Die nächste Sitzung findet in etwa vier bis sechs Wochen statt.

Presseempfang bei Tschitscherin.

Berlin, 8. August. (Telunion.) Der russische Volkskommissar des Äußeren, Tschitscherin, empfing heute nachmittag in der russischen Botschaft die hiesigen Vertreter der Weltpresse zu einem Tee. Man sah Angehörige aller Nationen; besonders zahlreich erschienen waren naturgemäß die Vertreter der deutschen Presse. Auch das deutsche Auswärtige Amt und der Reichspressechef hatten Vertreter entsandt. An Stelle des nach Moskau gereisten Botschafters Krestinski war Herr Brodowski anwesend.

Aus dem Elsaß.

Deutschenausweisungen aus Elsaß eingestellt.

Berlin. 10. August. Nach dem „Journal" ist in Straßburg eine Verfügung eingelaufen, die den Ausweisungsbefehl deutscher Bürger vorläufig aufschiebt.

Doch Ausweisnng der elsässer Deutschen.

Straßburg, 10. August. Das hiesige französische Generalkommissariat macht bekannt, daß die 500 aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen Deutschen am Freitag Elsaß-Lothringen verlassen und am Sonnabend mitternacht über der Grenze sein müssen. Die Ausgewiesenen überschreiten die Grenze einzeln und nicht in Sammeltransporten.

Zorn von Bulach bleibt dem Elsaß treu.

Die Agentur Fournier teilt mit, daß Zorn von Bulach die Nachricht vom Verkauf seines Schlosses Osthausen energisch dementiert. Er erklärt, er denke gar nicht daran, das Elsaß zu verlassen oder sein Schloß zu verkaufen.

Zorn von Bulach verbreitet bekanntlich den Gedanken einer Autonomie des Elsaß.

Aus Italien.

Ein Vertrauensvotum für de Facta.

Rom, 11. August. De Facta hielt eine kürzere Ansprache in der er erklärte, daß sein Programm infolge der ungeänderten Zusammensetzung der Regierung keine Aenderung erfahren werde. Als erstes Ziel der neuen Regierung erachtete de Facta die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt. Das Parlament nahm mit 247 gegen 21 Stimmen das Vertrauensvorum für das Kabinett de Facta an.

Angriff der Faszisten auf eine Redaktion in Rom.

Rom, 9. August. (Tel.-Un.) Gestern nacht versuchte eine Abteilung Faszisten die Redaktion des „Paese", das Organ Nittis, zu stürmen. Der Polizei gelang es aber, die Angreifer zu zerstreuen.

Vom Balkan.

Vertrag über die Donauschiffahrt von Rumänien bestätigt.

Bukarest. 11. August. „Moniteur Officiel" veröffentlicht ein Gesetz. welches die rumänische Regierung zur Ratifizierung und Durchführung der Konvention bevollmächtigt, die am 23. Juli zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien. Belgien, Griechenland, Südslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien bezüglich der Segelschiffahrt auf der Donau geschlossen wurde.

Zwistigkeiten zwischen Südslawien und Bulgarien.

Eilwese. 10. August. In Sofia ist eine Note der südslavischen Regierung eingelaufen, welche die Entfernung aller Beamten und Offiziere aus dem Grenzstreifen und die Auflösung aller mazedonischen Wohltätigkeitsvereinigungen fordert. Die letzteren sollen nach der Note die mazedonischen Banden unterstützt haben. Politische Kreise in Sofia lehnen diese Forderungen einmütig ab. Die serbische Presse droht mit der Blockade des bulgarischen Handels durch Serbien, Griechenland und Rumänien.

Politischer Mord in Belgrad.

Eilwese. 10. August. Aus Belgrad wird von einem politischen Mord berichtet, der von einem bisher unbekannten Täter an dem serbischen radikalen Deputierten Gavrilovic verübt wurde.

Die Wirren in Irland.

London, 11. August. Die irischen Nationaltruppen besetzten die letzte Position der Aufständischen in der Grafschaft Limeric.

London. 11. August. Das letzte Fort der freien Stadt Cork wurde von den Regierungstruppen besetzt. Die Stadt war im Verlaufe der letzten Wochen völlig abgeschnitten. Die Regierungstruppen landeten an drei Punkten und boten den Aufständischen keine Möglichkeit, Widerstand zu leisten.

Dublin. 12. August. Die Regierungstruppen haben am Donnerstag in der Nacht die Aufständischen in der Nähe von Cork angegriffen. Es entstand eine große Schlacht, welche die ganze Nacht über dauerte.

Polen und Deutschland.

Die Mitglieder der polnisch-deutschen Kommission.

Warschau, 11. August. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten berief in die Kommission für die polnisch-deutschen Verhandlungen folgende Herren: in den Verrechnungsausschuß Vorsitzender Jan Żółtowski, der zweiten Kommission Czapla, der dritten B. Pankiewicz, der vierten Henryk Ziembiński, Mitglieder Konopoński, Podkomorski, Kluck, Zaremba, Hubert, Josef Wybicki, Henryk Zieleński; Gläubigerausschuß: Vorsitzender Kubala, Vorsitzender des Unterausschusses Jan Żychliński; Vorsitzender der zweiten und dritten Unterkommission: Kubala, Mitglieder: Dr. Kolszewski, Żychliński, Konopiński, B. Donimirski, K. Tembski, Dr. Cichowicz, Dr. Ziembowski, Goerne, St. Celichowski, St. Pernaczyński, Dr. Gruder und Bajoński. Der Wirtschaftsausschuß wird später zusammengesetzt werden, besondere Instruktionen, Zeit und Ort der Verhandlungen der einzelnen Kommissionen wird der Minister Olszowski mitteilen. Die Verhandlungen beginnen am 1. September.

Polen und Frankreich.

Frankreich braucht polnische Arbeiter.

Warschau, 12. August. Frankreich hat dringenden Bedarf an polnischen Arbeitern, und zwar braucht es vom September d. Js. ab 300 qualifizierte und 500 nichtqualifizierte Bergleute und eine größere Zahl von Landarbeitern. Der Bedarf an qualifizierten Bergarbeitern soll aus dem ehemaligen preußischen Teilgebiet gedeckt werden, der an nichtqualifizierten Bergarbeitern zum Teil durch die Wojewodschaften des ehemaligen Königreichs (180 Arbeiter), zum Teil aus dem ehemals österreichischen Teilgebiet sowie aus Oberschlesien (320 Arbeiter). Die Landarbeiter sollen von den einzelnen Arbeitsvermittlungsbureaus geliefert werden.

Frankreich wünscht Rassenverbesserung durch polnisches Blut.

Warschau, 10. August. Der Völkerbundskommissar Gauthier hat unter der Adresse des Departements für soziale Fürsorge die Einladung von polnischen Kindern nach Frankreich erneuert. Das Departement für soziale Fürsorge hat den Kommissar des Völkerbundes gebeten, die erforderlichen Garantien zu geben, das heißt die Rückkehr der Kinder vor dem 18. Lebensjahr zuzusichern, sie nicht beruflich auszubilden usw. Der Kommissar konnte die Verpflichtungen nicht sogleich annehmen; er bemerkte nur, daß die Frage der Rückkehr insoweit schwierig sein werde, als Frankreich gerade die angekommene Jugend bei sich für immer behalten und seine Rasse mit dem edlen polnischen Blute verbessern möchte. Deshalb ist die Einladung nicht formell bestätigt worden.

Polen und Sowjetrußland.

Die geraubten polnischen Glocken in Rußland.

Moskau, 10. August. Minister Olszewski, der Vorsitzende der polnischen Delegation in der Reevakuations- und speziellen Kommission, ist nach Nischni-Nowgorod und Sorjanow in Angelegenheit der mitgeführten Glocken abgereist. In Sorjanow hat er festgestellt, daß dort ungefähr 1500 Glocken sein sollen, die für die Umschmelzung bestimmt sind. Als seinerzeit die polnische Delegation wegen des Abtransportes der Glocken nach Sorjanow Protest einlegte, haben die Sowjets erklärt, daß von den evakuierten Glocken nur einige dort-

---

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

(67. Fortsetzung.)

„Mein Gott, wie schrecklich dies alles ist! Und Herr von Senkenberg — wie trägt er es?"

Hempels Gesicht erhellte sich.

„Gut! Denn schwerer als Leid und Entsetzen wiegt die Freude, die ich ihm geben konnte! Aber kommen Sie mit mir — wir dürfen ihn nicht lange darauf warten lassen. Und Sie haben Ihr Teil daran auch redlich verdient!"

Er kehrte hastig um und schritt nach dem Seitenflügel zurück, so rasch, daß Melitta ihm kaum folgen konnte.

„Freude? Welche Freude? murmelte sie im Gehen beklommen. „Für mich gibt es nur eine, und die könnten Sie mir in dieser Stunde und an diesem Orte ja nicht verschaffen."

„Gemach," lächelte Silas, indem er stehen blieb und die Tür von Peter Marks Zimmer aufschloß. „Die Freude des alten Herrn besteht darin, daß ich ihm seinen totgeglaubten Sohn wieder in die Arme führe. Sie aber sollen nun die erste sein, die den jungen Senkenberg im Schloß seiner Väter willkommen heißt!"

Er stieß die Tür auf.

Keines Wortes mächtig, starrte Melitta auf die schlanke Männergestalt, die sich bei ihrem Eintritt rasch vom Tisch erhob.

Im nächsten Augenblick lag sie weinend an seiner Brust.

„Du! — Du! —. Du bist frei: Und hier! Und ich ahnte nichts davon! —" stammelte sie, während Felix in stummer Leidenschaft wieder und wieder ihr Gesicht mit Küssen bedeckte.

Hempel trennte sie endlich fast mit Gewalt.

„Ihr Vater erwartet Sie, Herr von Senkenberg! Lassen Sie den alten Mann nicht länger warten. Dieser da gehört ja die Zukunft — er aber hat wahrlich genug gelitten!"

Melitta starrte verwirrt von einem zum andern. Wie sollte sie auch begreifen?

Hempel führte Felix bis an die Schwelle von des alten Senkenberg Zimmer. Dort begegneten sie Prosper, der im Vorübergehen herzlich und bewegt seine Hand drückte.

Man sah, daß er geweint hatte.

„Willkommen," murmelte er Felix zu, „ich habe soeben einen lieben Bruder verloren — hoffentlich finde ich in Dir Ersatz — wir wollen allezeit treu zusammenhalten — wie —"

Die Bewegung übermannte ihn. Auch Felix war zu erschüttert, um sprechen zu können. Stumm und heftig drückte er seines Vetters Hand.

Sein Blick aber hing an der hageren Greisengestalt, die unbeweglich wie gelähmt inmitten des Zimmers stand und ihm mit Augen voll brennender Sehnsucht entgegenstarrte.

Hempel kehrte zu Melitta zurück. In wenigen Worten erklärte er ihr alles.

„Und nun gehen Sie zu Fräulein Renate zurück und sagen ihr: Die Tage der Trübsal sind vorüber, sie möge hinüber zu ihrem Bruder gehen und ihren Neffen begrüßen!"

Er selbst ging in die Halle. Es beunruhigte ihn, daß vom Steinbruch keine Nachricht kam.

Sie könnten längst hier sein, dachte er, wenn alles glatt abgegangen wäre. Der Schurke wird ihnen doch nicht entwischt sein?

Endlich hörte er draußen im Dunkel Schritte und das Murmeln von Stimmen. Peter Mark lief den Ankommenden mit einer Laterne entgegen.

„Habt Ihr ihn?" schrie Hempel aufgeregt.

„Ja!" tönte Detektiv Steins Stimme zurück, aber sie klang merkwürdig kleinlaut.

Sie hatten ihn wirklich bei sich, aber — als Leiche. Als er sich umstellt gesehen, hatte er die Hütte von innen verrammelt. Während man noch beriet, wie man am besten eindringen konnte, ohne Menschenleben aufs Spiel zu setzen, denn sicher hatte der verkleidete Krüppel Waffen bei sich und würde sein Leben verteidigen — tönte von innen ein Schuß heraus.

Gleichzeitig leckten an den Fensterscheiben kleine Flämmchen empor, während Rauch aus allen Ritzen drang.

Nun gab es kein Zaudern mehr. Zwei Landgendarmen warfen sich gegen die Brettertür, die krachend brach und schafften das aufgestapelte Gerümpel beiseite. Stein und Winkler zogen den sterbenden alten Lavandal heraus. Er atmete noch, kam aber nicht mehr zum Bewußtsein. Der Schuß in die Brust war gut gezielt gewesen.

Es gelang bald, das Feuer zu löschen, und die beiden Detektivs Stein und Winkler durchsuchten nun die Hütte nach den Papieren.

Sie fanden sie hoch oben in den Dachsparren, sorgsam mit Wachsleinwand umwunden, verborgen. Um sie zu erreichen, mußte man eine künstliche Pyramide aus den paar Möbelstücken errichten. Dazu hatte Lavandal offenbar die Zeit gefehlt, und er wollte deshalb die ganze Hütte in Brand setzen, um sie zu vernichten.

„Und der junge Lavandal? Wo ist er?" fragte der Bezirksrichter neugierig. Hempel führte ihn nach der Kammer, wo man Lavandal eingesperrt hatte. Das Fenster war vergittert, die Tür mit Eisen beschlagen, ein Entkommen also ausgeschlossen.

Als man die Tür öffnete, fand man den jungen Mann anscheinend ruhig schlafend auf der Bank, die neben dem Tisch, einem Stuhl und einem Schrank die ganze Einrichtung bildete.

Sein Gesicht hatte einen fahlen Ton, die Beine zitterten von Zeit zu Zeit krampfhaft.

(Fortsetzung folgt.)

hin geschafft worden seien. Dies hat sich als unwahr erwiesen und ist eine neue Verletzung des Rigaer Vertrages.

Beschwerde der Russen über Bedrückung der Griechisch-Orthodoxen in Polen.

Warschau, 10. August. Das Außenministerium empfing eine Note der Sowjetregierung, welche die Antwort auf die polnische Note bezüglich der Verfolgung der katholischen Kirche in Rußland ist. Die Sowjets halten tatsächlich daran fest, daß ihr Standpunkt gegenüber der katholischen Kirche berechtigt ist. Dagegen werden nach ihrer Behauptung in Polen die griechisch-orthodoxen Russen bedrückt.

Aus Polen.

Der Staatspräsident in Wilna.

Warschau. 12. August. Gestern um 2 Uhr 40 nachmittags reiste der Staatspräsident nach Głęboki im Wilnaer Gebiet. Am Sonntag wird er in Wilna der Feier des Grodnoer Ulanenregiments beiwohnen und am Montag nach Warschau zurückkehren.

Empfänge beim Ministerpräsidenten.

Warschau, 12. August. Der Ministerpräsident hat gestern eine Delegation des Verbandes der Landwirte in den Grenzmarken, Vertreter der Lehrerschaft der höheren und mittleren Schulen sowie eine Delegation der Warschauer Gesellschaft für Förderung der schönen Künste empfangen.

Ministerberatung über Danziger Fragen.

Warschau, 11. August. Am Donnerstag fanden den ganzen Tag hindurch im Präsidium des Ministerrates Beratungen der Referenten der Ministerialabteilungen unter dem Vorsitz des Danziger Kommissars, Herrn Pluciński, und Prof Weinfeld über polnisch-Danziger Angelegenheiten statt. Es ging darum, 30 Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, in denen die Anschauungen des polnischen Kommissars und des Danziger Senats auseinandergehen. Besprochen wurde u. a. die Ausweisung von Polen aus Danzig, die Angelegenheit der Einregistrierung polnischer Gesellschaften in Danzig, das Verfahren der Zollbehörden, welches Polen die Zusammenstellung von Handelsbilanzen unmöglich macht.

Kredite an geflüchtete oberschlesische Polen.

Warschau. 11. August. In der vergangenen Sejmsession brachte die Nationale Arbeiterpartei einen Dringlichkeitsantrag bezüglich von Krediten für die oberschlesische Bevölkerung ein, die infolge der Ereignisse in Oberschlesien gezwungen wurde, ihre Wohnsitze zu verlassen. Diese Angelegenheit wurde anläßlich der Unterbrechung der Sejmsessionen nicht erledigt, wird aber Beratungsgegenstand in der Donnerstagsitzung des Ministerrates sein, der sicher diese Kredite bewilligen wird.

Die Pläne des neuen Finanzministers.

Warschau, 12. August. „Journal de Pologne" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Finanzminister Jastrzębski, der u. a. erklärte: Als erste Bedingung meiner Amtsübernahme stellte ich die Forderung, den Sejm für die Herbstsession vor dem 15. September einzuberufen. Diese Session wird sehr kurz sein. Sie wird höchstens zehn Tage dauern und nur Finanzangelegenheiten gewidmet sein." Herr Jastrzębski will dann dem Sejm ein sehr gut durchdachtes und vorbereitetes Programm der Finanzsanierung vorlegen. Bisher wurde, nach den Aussagen Herrn Jastrzębskis, ein Fehler gemacht, nämlich der, daß man alles im Verlaufe einiger Monate verbessern wollte. Die Sanierung der Finanzen dagegen kann nur stufenweise und langsam erfolgen. Der fiskalische Apparat ist noch zu jung und ungenügend entwickelt, um solche wichtigen Angelegenheiten durchzuführen, wie es zum Beispiel die Einkommensteuer ist. Auf diesem Gebiete vor allem sind ernste Reformen unumgänglich notwendig. Die Herstellung des Gleichgewichts im Haushaltsvoranschlag kann nicht so schnell erfolgen, aber es kann eine planvolle Verbesserung der Lage bewirkt werden. Der Minister erhielt viele Vorschläge über ausländische Anleihen, er wird aber so lange in keine Verhandlungen eintreten, bis er die Lage genügend beherrscht. Die ausländischen Kapitalien werden nicht auf die alten Schwierigkeiten stoßen, die von den ausländischen Kapitalisten so oft gerügt wurden, die Handelstransaktionen mit Polen durchführen wollen. In nächster Zeit wird eine Verordnung veröffentlicht werden, auf Grund der die Gewinne und Dividenden der ausländischen Industriellen sogar in ausländischer Valuta ausgeführt werden können.

Darowski wieder in Posen.

Warschau, 11. August. Im Anschluß an die Donnerstag-Diskussion im Ministerrat über den Landarbeiterstreik in Großpolen reist heute der Arbeitsminister Darowski nach Posen. Der Zweck seiner Reise ist die persönliche Intervention in der Richtung der Anknüpfung von Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und dem Landarbeiterverbande.

Die Spannung zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

Warschau, 12. August. Die polnisch-tschechischen Beziehungen befinden sich in einer gewissen Spannung. In politischen Kreisen lenkte man die Aufmerksamkeit darauf, daß von polnischer Seite aus den Tschechen weitgehende Zugeständnisse im Sinne der Absichten des polnischen Gesandten in Prag, Herrn Piltz, gemacht wurden. Diese Zugeständnisse zeitigten jedoch nicht die geringsten Resultate, und es ist auch keine Kompromißtendenz seitens der tschechischen Regierung zu bemerken. Polen fordert nichts anderes als die Erfüllung der Verpflichtungen in der Jaworzyna-Angelegenheit. Herr Piltz erschöpfte alle Argumente in dieser Frage so, daß die Gerüchte über seinen Rücktritt nicht der Grundlage entbehren.

Erweiterung des Sachverständigenausschusses für Ostgalizien.

Warschau, 11. August. Die für gestern angesagte Sitzung des Sachverständigenausschusses für die Angelegenheiten des östlichen Kleinpolens wurde vertagt, weil der Ministerpräsident Dr. Nowak auf den Antrag der Kommission die Notwendigkeit anerkannte, eine Vervollständigung der Kommission durch Eintreten neuer Mitglieder herbeizuführen. Eingeladen wurden Abg. Hausner (poln. soz. Partei) und Grzędzielski (poln. Volkspartei) und die Rechtsanwälte Longchamp und Godlewski aus Lemberg. Die Kommission wird mit dem Augenblick, wo die genannten Herren in Warschau eintreffen, ihre Arbeiten beginnen.

Aufhebung der Reserveabteile für Staatsbeamte auf der Eisenbahn.

Warschau, 11. August. Der Eisenbahnminister teilt mit: Mit Rücksicht auf die Zunahme der Anzahl der Personenzüge und angesichts der weiteren Fortschritte, die der Personenverkehr auf den polnischen Staatsbahnen macht, hat das Eisenbahnministerium die im Jahre 1919 mit Rücksicht auf die damaligen Verhältnisse sehr umfangreich angewandte Reservierung von Plätzen in den Personenzügen für Staatsbeamte, die Dienstreisen unternahmen usw., aufgehoben.

Die schwimmende Ausstellung auf der Weichsel.

Die schwimmende Ausstellung auf der Weichsel, die sich auf einem Schiff des polnischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten sowie auf zwei entsprechend hergerichteten großen eisernen Weichselkähnen, die für diesen Zweck einem vollständigen Umbau unterzogen wurden, befindet, ist dieser Tage in Jozefow eingetroffen, nachdem sie, von Krakau kommend, in zahlreichen Orten Halt gemacht hatte. Mitte August wird die Ausstellung in Warschau eintreffen. Sodann wird sie ihre Reise über Płock, Thorn, Bromberg, Graudenz und Dirschau nach Danzig fortsetzen. Ausgestellt sind Maschinen, Landwirtschaftsgeräte, Sämereien, Wagen aller Art, Artikel für die Bienenzucht sowie für das Garten- und Fischereiwesen, ferner Manufakturwaren, Leder- und Sattlerwaren, Geschirr, Glas, Porzellan, Chemikalien, Papierwaren und Kolonialwaren.

Organisation der Polen in Lettland.

Riga, 10. August. In Dünaburg fand am 6. d. Mts. die erste Tagung der neugebildeten Organisation „Związek Polaków Lotewskich" statt. Es wurden ein Zentralkomitee und Kreiswahlausschuß gebildet. Der Verband strebt die Durchführung der Wahl von polnischen Abgeordneten in Letgallen zum Parlament an.

Rückreise der Hallersoldaten nach Amerika.

Warschau, 10. August. Am 4. d. Mts. ist auf dem Schiff „Latvija" einer der letzten Transporte der Hallersoldaten und ihrer Angehörigen (im ganzen 1045 Personen) aus Danzig abgegangen. Die Abreisenden wurden im Namen der Regierung vom Vizeminister für soziale Fürsorge Simon, verabschiedet. Im Namen der an Bord versammelten Soldaten dankte der Fähnrich Tyrka für die Überwindung der mit der Ausfahrt verbundenen Schwierigkeiten und für die Fürsorge in Danzig. Die Hallerabteilungen werden von 2 Generalstabsoffizieren und dem Stellvertreter des Generalkommissars in Danzig, Dr. Marchlewski, begleitet. Die nächsten Hallertransporte finden am 17. d. Mts. und am 1. September statt.

Amerikanische Kaufleute kommen nach Polen.

Danzig, 11. August. Wie die Neuyorker Presse meldet, hat am 26. Juli eine von der „Cunard Line" organisierte Ausflugsgesellschaft von amerikanischen Kaufleuten Neuyork verlassen, um die Ostmesse in Lemberg und alle Industriezentren in Polen zwecks Anknüpfung von Handelsbeziehungen zu besuchen.

Japans Fürsorge für polnische Waisen.

Warschau, 10. August. „Temps" veröffentlicht einen Aufruf der Zeitungen aus Tokio, der alle Völker aufforderte, auf dem Wege der Sammlungen zur Rückwanderung von 2000 polnischen Waisen aus Sibirien beizutragen, die sich dort in beklagenswerter Lage befinden. Das japanische Rote Kreuz hat schon 370 polnische Waisen verpflegt; zu einer weiteren Rettungsaktion fehlen ihm jedoch die Mittel. Gegenwärtig beabsichtigt die Direktion des Roten Kreuzes im Einverständnis mit der japanischen Regierung 400 Waisen nach Polen zurückzusenden. Sie wurden gegen den 10. d. Mts. aus Władywostok nach Kurugi überführt und erwarteten in Osaka und Koba das Schiff, das sie über London nach Danzig führen wird. Die Kosten dieser Reise betragen 175 000 Yen. Vor kurzem schon traf ein Waisentransport aus Japan in Danzig ein; die japanische Bevölkerung wie auch die japanische Regierung sorgen in herzlichster Weise für die polnischen Kinder. Die Dankbarkeit des polnischen Volkes ist ihnen gewiß.

Die Wahlordnung zum schlesischen Sejm.

Kraft des Verfassungsgesetzes vom 15. Juli 1920, welches das organische Statut der schlesischen Wojewodschaft enthält, wurde Schlesien eine weitgehende wojewodschaftliche Selbstverwaltung zuerkannt, die der Wojewodschaft Schlesien weitestgehende Kompetenzen auch auf gesetzgebendem Gebiet sichert. Die schlesische Wojewodschaft wird ein nicht ablösbarer Teil der gesamten Republik Polen sein, so lautet der Artikel 1 des genannten Gesetzes, sie wird Selbstverwaltungsrechte gemäß den Vorschriften des Organisationsstatuts besitzen. Der Artikel 4 dagegen bestimmt eingehend in 17 Punkten die gesetzgebenden Kompetenzen des schlesischen Sejm. Auf Grund des Artikel 13 des Verfassungsgesetzes vom 15. Juli 1920 „müssen die Wahlen zum schlesischen Sejm spätestens im Verlaufe von 80 Tagen, vom Augenblick der Übernahme des Landes durch die polnischen Behörden erfolgen". Diese Wahlen müssen gemäß der Wahlordnung stattfinden, die bei den Wahlen zum Sejm der Republik Polen verpflichtet, mit eventuellen Änderungen, die der Ministerrat auf den Antrag des provisorischen schlesischen Wojewodschaftsrates für angezeigt erachtet. Auf Grund dieses wurde in Nr. 59 des „Dziennik Ustaw" und in Nr. 11 des „Dziennik Ustaw Slaskich" ein Erlaß des Staatspräsidenten veröffentlicht, der die Wahlen zum schlesischen Sejm für den 24. September 1922 festsetzt. Hierbei ist als Tag der Anordnung der Wahlen bei der Berechnung aller Termine, die im Wahlkalender vorgesehen sind, der Tag der Veröffentlichung dieser Verordnung im „Dziennik Ustaw", und zwar der 2. August d. Js. berücksichtigt. Zugleich mit dem Erlaß des Staatspräsidenten wurde in Nr. 59 des „Dziennik Ustaw" eine Verordnung des Ministerrates veröffentlicht, die festsetzt, daß die Wahlen zum ersten schlesischen Sejm gemäß den Vorschriften der Wahlordnung erfolgen sollen, die bei den Wahlen zum ersten Sejm der Republik Polen verpflichtete, also auf dem Grundsatz der Vorschriften des Erlasses vom 28. November 1918, der in Nr. 18 des „Dziennik Praw Państwa Polskiego" veröffentlicht wurde, mit Berücksichtigung der später herausgegebenen Ergänzungserlasse. Zugleich veröffentlichte der Innenminister eine Wahlordnung zum gesetzgebenden Sejm, in dem Wortlaut, der bei den Wahlen zum schlesischen Sejm verpflichtet, also mit Berücksichtigung aller Änderungen, die der Ministerrat zum Erlaß vom 28. November 1918 bezüglich des unterschiedlichen Wahlgebiets und anderer Rechtsverhältnisse, machte.

Das Wahlrecht.

Das aktive Wahlrecht zum schlesischen Sejm steht jedem polnischen Bürger zu, der in Schlesien am Tage der Übernahme des Landes durch die polnischen Behörden wohnte, das heißt am 3. Juli 1922 — ohne Unterschied des Geschlechts —, wenn er am 2. August dieses Jahres das 21. Lebensjahr vollendet hat. Der Artikel 3 der Wahlordnung zum schlesischen Sejm schließt Militärpersonen, die im aktiven Dienst tätig sind, von der Teilnahme der an Abstimmung aus, Artikel 5 dagegen nimmt einer ganzen Reihe von ausführlich bezeichneten Personen das aktive Wahlrecht. Beim passiven Wahlrecht wurde als erforderliches Alter das 25. Lebensjahr festgesetzt. Für den Fall, daß das passive Wahlrecht in Frage gestellt wird, entscheidet ausschließlich das Appellationsgericht in Kattowitz. Beschränkungen im passiven Wahlrecht für Staatsbeamte wurden der schlesischen Wahlordnung in demselben Wortlaut einverleibt, der in der neuen Wahlordnung zum Sejm der Republik Polen festgesetzt ist.

Die Wahlkreise.

Zur Durchführung der Wahlen wird das Gebiet der schlesischen Wojewodschaft in drei Wahlkreise eingeteilt, und zwar 1. Wahlkreis Nr. 1 mit dem Sitz des Hauptwahlausschusses in Teschen; dieser umfaßt den polnischen Teil Teschen-Schlesiens, Pleß und Rybnik mit 18 Mandaten. 2. Wahlkreis Nr. 2 in Kattowitz, umfaßt Kattowitz Stadt und Kreis wie auch den Kreis Ruda mit 15 Mandaten. 3. Wahlkreis Nr. 3 in Königshütte, umfaßt die verbliebenen Teile des polnischen Oberschlesiens und wählt 15 Abgeordnete. Zusammen werden also in den schlesischen Sejm 48 Abgeordnete gewählt.

Organisierung der Wahlen.

Die normale Bildung des für jeden Kreis festgesetzten Hauptwahlausschusses kontrolliert der Wojewode, der für jeden Kreis einen Wahlkommissar ernennt, welcher die Aufsicht über die Tätigkeit der Kommission führt. Die Wahlkommissare unterstehen der unmittelbaren Kontrolle des Generalwahlkommissars, der vom Wojewoden im Einverständnis mit dem provisorischen Wojewodschaftsrat ernannt wurde.

Das Wahlsystem.

Bei den Wahlen zum schlesischen Sejm wird ohne jede Änderung das Abstimmungssystem für die Kandidatenliste (ohne Staatslisten) mit Verteilung der Mandate nach dem System de Hondt angewandt.

Aus Oberschlesien.

Die Aufgabe der Grenzkommission.

Berlin, 10. August. Über die Reise der Grenzkommission nach Oberschlesien erfährt die Telegraphen-Union, daß es sich um unbedeutende Grenzkorrekturen handeln soll. Bis jetzt ist nur eine Demarkationslinie festgelegt worden. Die Unzulänglichkeiten dieser Linie sollen vor der endgültigen Grenzfestsetzung beseitigt werden. Es liegt in der Natur der Sache, daß von grundsätzlichen Änderungen keine Rede sein kann.

Katholikentag in Oberschlesien.

Kattowitz, 10. August. Am 10. September findet in Kattowitz die schlesische Katholikentagung statt. Die in Oberschlesien zahlreichen deutschen Katholiken haben die Beteiligung abgelehnt, da sich Korfanty im Vorstand befindet.

Grenzverschiebungen in Oberschlesien möglich.

Posen, 11. August. Vom Grenzkommissar Grafen Szembek erhalten die „Depesze Poranne" folgende Notiz: Die „Depesze Poranne Kurjera Poznańskiego" hatten in der Nr. 42 vom 11. August ein Telegramm der Tat.-Agentur aus Berlin veröffentlicht, das die Nachricht der Telegraphen-Union wiedergab, welche mitteilte, daß trotz der Reise der Grenzkommission nach Oberschlesien von irgend welchen grundsätzlichen Änderungen der in Oberschlesien geltenden Demarkationslinie keine Rede sein könne. Die Nachricht entspricht nicht der Wahrheit. Die Demarkationslinie legt in keiner Weise die endgültige Grenze fest. Änderungen oder Korrekturen, die von der Grenzkommission vorgenommen werden sollen, können grundsätzliche und sehr weitgehende sein, sofern sie nur nicht den Rahmen der Note der Botschafterkonferenz (Genfer Entscheidung), welche die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien regelt, verlassen.

Aus Litauen.

Große Teuerung.

Kowno, 11. August. Der katastrophale Niedergang der deutschen Mark bewirkte eine große Preissteigerung in der litauischen Produktion. Das Pfund Roggenbrot kostet 8 Mark. Weizenbrot bis 20 Mark, ein Pfund Butter 100 Mark, ein Pfund Zucker ebenfalls bis zu 100 Mark. Der Preis für Brennholz ist um das zweifache gestiegen.

Aus Sowjetrußland.

Ein hoher Geistlicher zum Tode verurteilt.

Moskau. 10. August. Der Vollzugsausschuß hat das Gesuch um Begnadigung des zum Tode verurteilten Metropoliten Benjamin abgelehnt.

13 Offiziere zum Tode verurteilt.

Moskau, 10. August. Das Moskauer Tribunal hat 13 Offiziere zum Tode verurteilt. Der Vollzugsausschuß hat das Urteil bestätigt, jedoch beschlossen, daß die Vollstreckung des Urteils später erfolgt.

Verkehrseinstellung der sibirischen Bahn.

Moskau, 10. August. Auf den sibirischen Eisenbahnen wird mit der vollkommenen Einstellung der Züge gerechnet, da im Uralgebiet nicht die für die Eisenbahnen notwendigen Holzmengen aufgestapelt worden sind.

Deutschlands Enttäuschung über den Rapallovertrag

Die Ost-Agentur meldet aus Berlin folgendes: Die Freude, mit der man seinerzeit den Rapallo-Vertrag begrüßt hat, hat sehr bald einer Enttäuschung und Ernüchterung des Kontrahenten Platz gemacht. Die deutsche Presse hat schon lange bemerkt, wie wenig reale Werte dieser erste selbständige deutsche Schritt nach dem Kriege besitzt. Beide Kontrahenten verdecken nicht mehr ihre Unzufriedenheit über die wenig praktische Bedeutung des deutsch-russischen Vertrages.

Grafin hat kürzlich Vertretern der Moskauer Presse gegenüber ausgeführt, daß der Sturz der deutschen Mark die Wirtschaftsbeziehungen Rußlands im Auslande sehr ungünstig beeinflußt hat. Der deutsch-russische Vertrag von Rapallo, erklärte Grafin weiter, hat in den Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland nicht das geringste positive Resultat gezeitigt, im Gegenteil, diese Beziehungen haben sich seit dem Abschluß des Vertrages verschlechtert.

Ganz im Gegensatz hierzu steht die folgende schwindelhafte Meldung.

Angeblicher Geheimvertrag zwischen Deutschland und den Sowjets.

Prag, 11. August. Die hier in russischer Sprache erscheinende Zeitung „Nowoja Wremja", die als ein Organ des Generals Wrangel und der russischen Monarchisten gilt, bringt sensationelle Nachrichten, die sich auf den berühmten Rapallo-Vertrag beziehen. Der deutsch-russische Vertrag, so schreibt die „Nowoje Wremja", enthält eine ganze Reihe von geheimen Artikeln, die noch nicht veröffentlicht wurden. Radek, der dem allrussischen Zentral-Vollzugsausschuß genauen Bericht über diesen Vertrag erstattete, berührte eingehend diese geheimen und Ergänzungsartikel. In diesem Bericht, der sich im Besitz der obengenannten Zeitung befindet, erklärte Radek vollkommen deutlich, daß der wichtige Artikel 3 weitgehende Konzessionen für Deutschland in Südrußland vorsieht. Rußland erklärte sich gemäß den Wünschen der deutschen Sachverständigen mit diesen Konzessionen einverstanden, die dahin streben, daß eine Reservearmee in Südrußland angesiedelt werden solle, um im Falle der Notwendigkeit gemeinsam mit der russischen Armee die Rückfront zu decken. Aus diesem Anlaß pachtete ein Syndikat der deutschen Agrarbanken für 15 Jahre Rübenfelder in der Ukraine, in den Gouvernements Charkow, Kiew und Jekaterinoslaw. Die Stinnes-Gruppe erhielt in der Don-Niederung Konzessionen zur Ausbeutung von Kohlen für 15 Jahre. Die geförderte Kohle soll gemeinsamen deutsch-russischen strategischen Zwecken dienen und aus den außerordentlichen Militärfonds bezahlt werden. Im Gouvernement Kuban sollen 20 000 deutsche Kolonisten angesiedelt werden. In Betracht kommen hauptsächlich Artilleristen und Pioniere, die Noworossyjsk in ein modernes Verdun umgestalten sollen. Unter denselben Bedingungen sollen 15 000 deutsche Kolonisten in Terek angesiedelt werden, um die dortigen Kosaken zu zerstreuen. In Grozno sollen Aktionäre ein Krupp-Konsortium bilden und Konzessionen zur Förderung von Petroleum als Austausch für Kriegsmaterial der bolschewistischen Artillerie erhalten.

Wir bringen diese phantastische Meldung nur zur Ergötzung unserer Leser.

Wegnahme eines englischen Schiffes durch die Bolschewisten.

Paris, 11. August. Aus London kommt die Nachricht, daß die Bolschewisten im Hafen von Baku den Engländern ein Schiff weggenommen haben sollen.

Von der Reise zurückgekehrt
Dr. Haase,
Chefarzt der inneren Abtlg. d. Diakonissenhauses.
Sprechstunden (nur wochentags)
12—1 im Diakonissenhause,
3—5 (außer Donnerstag) in meiner Wohnung
ulica Matejki 3.

Von der Reise zurück.
Dr. med. Heider,
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtskr.,
Poznań, Wielka 7. [386

Von der Reise zurück.
Henke, Tierarzt, Rogoźno. [8126

Zahn-Atelier
W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. [2076b

Auto-Reifen, erstklassige Fabrikate, sowie
Continental-Cord
in allen Größen am Lager. [8468
W. Müller, Poznań,
ulica Dąbrowskiego 36.
Pierwszy Poznański Parowy Zakład Wulkanizacyjny.

Ich beehre mich zur gefl. Kenntnis zu bringen, dass ich am
Sonnabend, d. 12. d. M.
im Stadtteil Jeżyce, ulica Kraszewskiego Nr. 15, eine
Filiale u. Werkstatt m. elektr. Betrieb
eröffnet habe, woselbst alle einschlägigen Reparaturen von Fachleuten sachgemäss ausgeführt werden.
Reichhaltiges Stahlwarenlager vorhanden, verkaufe zu mässigen Preisen
Eigene Siebfabrik im Betrieb.
Pierwsza Poznańska Ślifiarnia
A. Pohl, geb. Karge,
Poznań. [8519

Harder'sche
Kartoffel-Ausgraber
Kartoffel- / Rüben- **Gabeln**
offeriert [8146
Woldemar Günter
Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,
Poznań, ulica Sew. Mielżynskiego Nr. 6 (früher Viktoriastraße). — **Telephon 52-25.**



Wilhelm Mewes vormals H. Schiff
Poznań, św. Wojciech 1 (St. Adalbertstraße 1)
Telephon Nr. 2335 und 3356
Spezialgeschäft für Möbeltransporte ohne Umladung nach Deutschland — **Gestellung von Möbelwagen von sämtlichen Plätzen der ehemaligen Provinz Posen nach allen Orten Deutschlands und umgekehrt** — Erledigung von Provinztransporten — An- und Abfuhr von Waggonladungen — Transportversicherung — Packergestellung

---

Inhaber: *W. Jentsch, Dipl.-Ing.*
E. Jentsch
Teleph. Nr. 3085 *Gegründet 1883* **Poznań** *ulica Franciszka Ratajczaka 20*
Technisches Bureau und Spezialgeschäft
für Projektierung und Ausführung von Wasserversorgungs-, Gas-, Kanalisations-, Warmwasserbereitungs- und Heizungsanlagen
Wasch-, Bade- und Toiletten - Einrichtungen
Pumpenanlagen für Hand- und Kraftbetrieb

Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Arbeiterlöhne und der Kohlenpreise hat der Magistrat beschlossen, den **Wasserpreis für 1 Kubikmeter auf 80 Mark** zu erhöhen.
Der neue Preis tritt von heute ab in Kraft.
Magistrat VII. W.

Zahn-Praxis
Oskar Schmidtke,
św. Marcin 5. 2079b

Suchen Sie Käufer? 6231
Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.
Meckelburg & Co.
Handelsfirma, Zentrale Poznań, Jeżyce,
ul. Patr. Jackowskiego 85.

Grauen Haaren
gibt die Naturfarbe **unter Garantie** wieder
„Axela" Haar-Regenerator
Flasche 300 Mk, bei
J. Gadebusch, Poznań, Nowa ul. 7
od. „Axela" G.m.b.H.
Berlin N. 4, Schröderstr. 1.

KINO **Colosseum**
św. Marcin 65.
Große Sensation!
Vom 7. bis 13. 8.:
Marques de Bolibar.
Unvergleichliche, Spannung hervorrufendes Drama aus d. Zeit des Französisch-spanischen Krieges im Jahre 1812 in 8 Akten.
Beginn der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.
Gr. Künstler-Konzert.
Nächstes Programm:
Die Frau an der Kette.

Photogr. Atelier
„beim Schloss"
(Św. Marcin 37),
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Möbeltaxen
auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler, Aleje Marcinkowskiego 3b.

Zur Errichtung einer städtischen Molkerei
mit guter Zukunft **sucht reeller Fachmann etwa**
700000 bis 1 Mill. M.
geg. 20% Gewinn-Anteil oder Zinsen. Prima Objekt, ohne Konkurrenz. Einzige Molkerei am Platze. Gefl. Angeb. unter **F. 8482** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

TAPETEN
Billigste Bezugsquelle!!
Grosse Auswahl!!



Rabatt gewähren wir, solange der Gelegenheitskauf reicht, bei einem Einkauf von 2 Zimmern ab. [39?
Wielkopolska Centrala Tapet
T. z o. p.,
Poznań, Pocztowa 31, gegenüber d. Post. Tel. 1220.

Kattowitzer Zeitung
Oberschlesisches Handelsblatt
54. Jahrgang
Das maßgebende Organ in Fragen der
Politik u. Wirtschaft
Zuverlässige Berichterstattung
Führendes Blatt für
Handel und Industrie
Verbreitetste u. angesehenste Tageszeitung im polnischen Industriegebiet
Erfolgreichstes Insertionsorgan
Probenummer auf Wunsch unberechnet
[7856

Offerieren solange vorrätig:
Deutsche Kalidüngesalze,
die in Kürze hier eintreffen, und bitten um baldige Bestellungen.
Poznański Bank Ziemian T. A.
Departament Rolniczo - Handlowy.
Centrale: Poznań, ulica Podgórna 10.
Telephon 13-93, 13-94, 36-93, 36-97.
Bestellungen können auch an unsere Filialen gerichtet werden:
Warszawa, ulica Mazowiecka 1. Tel. 151-27 und 507-70.
Bydgoszcz, ulica Gdańska 165. Tel. 310.
Grudziądz, ulica Józefa Wybickiego 25. Tel. 795 und 895.
Ostrów, ulica Kaliska 1. Tel. 180.
Leszno, Rynek 13. Tel. 13. [397
Telegramm-Adresse der Zentrale und Filialen: „ZIEMIA".
Telegramm-Adresse der Warschauer Filiale: „PEBEZET".

Torfstechmaschinen und Torfpressen
in bestbewährter Konstruktion u. solider, kräftiger Ausführung empfiehlt [8372
Maschinenfabrik F. Eberhardt,
Bydgoszcz.

Deutscher Heimatsbote in Polen
Kalender 1922
herausgegeben von der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes Bromberg versendet zum herabgesetzten Preise von **200 Mark** zuzüglich 10 Mark Versandspesen.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Verein liberal. Juden, Poznań.
Dienstag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, in der Amicitia-Loge, Masztalerska:
Vortrag Dr. Gottschalk:
„Aus der Welt Bialiks".
Anschließend **gemeinsames Beisammensein mit Tee und musikalischen Darbietungen.**
Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Verreist bis 26. VIII.
Zahnarzt Goritz.

Zum Verkauf:
1 **Benzinmotor,** 8 PS., Körting, 2000 kg, **1 eis. Windmotorturm,** ca. 14 Meter hoch, **div. eiserne Fenster, 4 Wellblechschiebetüren, 2 Schleifsteintröge,** eiserne, für Hand- und Kraftantrieb, **1 Holztür mit Futter, 1 Glastür mit Gitter.** [8405
Philipp Hannach, Pumpenfabrik, Leszno.

Wer infolge der Option **Grundstücke** jeder Art gegen deutsche Objekte **vertauschen** oder **verkaufen** will, wende sich an die [249
Deutsche Landwirtschaftsbank
Berlin N. 24, Friedrichstr. 131 D.

Amen.

Ein kurzes, aber ein inhaltreiches Wort pflegt unsere Gebete zu beschließen: Amen! Luther erklärt den Gebrauch dieses, eine Bekräftigung der Wahrheit bedeutenden Wortes damit, „daß ich soll gewiß sein, solche Bitten sind dem Vater im Himmel angenehm und erhöret; denn er selbst hat uns geboten, also zu beten, und verheißen, daß er uns wolle erhören. Amen! Amen! Das heißt: „Ja, ja, es soll also geschehen!“ Der Beter, der Amen sagt, will damit seine Zuversicht aussprechen, daß sein Gebet auch wirklich und wahrhaftig der Erhörung gewiß sein darf.

Was ist's doch für ein großes Ding um solches fröhliches, zuversichtliches Beten! Und wie selten ist es. Mischt sich nicht so oft in unser Gebet unausgesprochen doch ein leiser Zweifel, ob es auch erhört werden wird? Solchen zaghaften, mit ihrem Zweifel dem Gebet von vornherein die Flügel beschneidenden Seelen ruft Jakobus zu: „Er bitte aber im Glauben und zweifle nicht; denn wer da zweifelt, der ist gleich wie die Meereswoge, die im Winde getrieben und gewebt wird; solcher Mensch denke nicht, daß er etwas von dem Herrn empfangen werde.“ Zum rechten Gebet gehört ein hohes Maß starken Glaubensmutes, der „durch Stahl und Stein bricht und die Allmacht fassen kann,“ wie es im Liede heißt, und nun mit froher Zuversicht seine Sache in Gottes Hand legt, sich stützend auf seine Verheißung: Wer da bittet, der empfängt, und wer da sucht, der findet, und wer da anklopft, dem wird aufgetan. Unsere Gewißheit ruht auf Gottes Wahrhaftigkeit und Treue, der sein Wort beständig hält. Unser Amen bedeutet, daß Gott zu unserem Gebet sein Amen sagen wird. Darum: „Lobende, schließet mit Amen.“

D. Blau-Posen.

Der Ausfall der Ernte.

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Kreisbauernvereins Posen sollte auch ein Vortrag über den Ausfall der Ernte gehalten werden, der jedoch mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit verschoben werden mußte. In der neuesten Ausgabe des Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatts veröffentlicht Herr Dr. Hermann Wagner den Bericht, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Der Winterraps wird voraussichtlich sehr teuer werden, denn sehr erhebliche Flächen wurden umgepflügt, auch durch den Rapskäfer geschädigt, und was hiervon noch übrig blieb, haben Regen, Hagel und Sturm auf dem Feld ausgeschlagen, so daß sich kaum das Einfahren des Rapsstrohes lohnt.

Wintergerste: Wir sind seit Jahren für den vermehrten Anbau der Wintergerste eingetreten, die im Durchschnitt der Jahre schöne Erträge lieferte. Leider mußten in diesem Jahre erhebliche Flächen umgepflügt werden, und der Stand der Frucht wurde durch die Fritfliege beeinträchtigt, trotzdem müssen wir auf den Anbau dieser Frucht hinwirken, denn der Ertrag befriedigt auch in diesem ungünstigen Jahre. Die Nachfrage nach Wintersaatgerste ist sehr groß und kann nicht befriedigt werden, da die meisten Anbauer dieses Getreide für Fütterungszwecke in der eigenen Wirtschaft gebrauchen.

Winterroggen und Winterweizen: Das anfangs über die Getreideernte Gesagte, trifft besonders für Weizen und Roggen zu. Die vorjährige Ernte fiel bekanntlich besser aus, als anfangs geschätzt wurde. Die diesjährige Ernte kann bei Roggen auf 80%, bei Weizen auf 65—70% der vorjährigen Ernte geschätzt werden. Bei Roggen sahen wir teilweise sehr schön stehende Felder, die mit Hildebrands Zeeländer Roggen und mit Petkuser Roggen bestellt waren. Erfreulich ist es, daß die Anbaustationen des Herrn von Lochow-Petkus in erweitertem Maße Saatgut anbauen konnten. Eine gute Ährenausbildung konnte festgestellt werden, soweit genügend Nährstoffe angewandt werden konnten und Niederschläge fielen. Weizenfelder mußten sehr viel umgepflügt werden, bei vielen wurde Steinbrand festgestellt, was auf den Mangel an Beizmittel (Formalin und Uspulun) zurückzuführen ist. Das neuerdings wieder vielfach eingeführte Kupfervitriol (Blaustein) ist nicht geeignet, Weizen restlos steinbrandfrei zu machen. Vereinzelt hat man fälschlicherweise Eisenvitriol angewandt, das ganz unwirksam ist. Uns wurde von Feldern berichtet, die bis 30% Steinbrand aufwiesen.

Sommerweizen und Sommerroggen: Der Anbau dieser Früchte ist unbedeutend, beide Früchte stehen aber gut. Hervorheben möchten wir, daß durch Einfuhr von Elitesaatgut auch Original Petkuser Sommerroggen zur Verfügung stehen wird.

Hafer und Gerste: Die Erträge sind wesentlich besser als im Vorjahre, besonders an Gerste. Leider widmet man dem Vertilgen von Hederich und Ackersenf nur sehr wenig Aufmerksamkeit. Wer in diesem Frühjahr Gelegenheit hatte, große Strecken Polens mit der Bahn zu durchfahren, konnte weite Flächen Gerste und Hafer sehen, die völlig gelb durch dieses üppig wachsende Unkraut waren. Eine dankbare Aufgabe der Bauernvereine müßte es sein, hier anregend zu wirken, daß ein energischer Kampf gegen das Unkraut aufgenommen wird. Die Stroherernte der vorgenannten Getreidearten ist ganz unbefriedigend. Da dies auch schon im Vorjahr der Fall war, ging man mit ganz geringen Vorräten ins neue Jahr. Größte Sparsamkeit an Streustroh ist angebracht, um genügend Futterstroh zu haben. Das Heranziehen von Torfmull, Sand und anderen Streuersatzmitteln wird in vielen Wirtschaften notwendig sein. Allerdings wird der Mangel etwas gemildert, aber nicht ausgeglichen dadurch, daß der Anbau der Getreideflächen erweitert ist als Ersatz für den im Winter verschwundenen Rotklee.

Hülsenfrüchte: Die Ernte in Erbsen ist befriedigend, doch sind diese durch Witterungseinflüsse stark geschädigt, so daß die Preise für Erbsen voraussichtlich anziehen werden. Es sind viel Körner auf dem Felde ausgefallen oder haben bereits gekeimt, und das Erbsenstroh ist für Futterzwecke nicht mehr brauchbar. An Wicken, Peluschken und Lupinen wird nur eine geringe Ernte erwartet.

Wiesen- und Futterpflanzen: Ganz ungenügend ist der Ausfall der Wiesen- und Kleeheuernte. Der Klee kann schon deswegen nicht geerntet werden, weil der vorjährige Klee vertrocknet ist und Frost und Mäuse im Winter mit weiteren Flächen aufgeräumt haben. Man sieht Kleefelder nur vereinzelt und im dürftigen Zustande. Wie das Vieh durchzubringen ist, wird für manchen Landwirt eine nicht leicht zu lösende Frage sein.

Zuckerrüben, Futterrüben, Mohrrüben: Der Stand dieser Früchte ist nach dem Eintritt des Regens als durchweg vorzüglich zu bezeichnen. Überall sieht man dichtgeschlossene, fast lückenlose Felder, die, wenn sie genügend mit Düngemitteln versorgt sind, ein glänzendes Wachstum zeigen und schwarzgrün gefärbt sind, so daß der Stand zu den besten Hoffnungen berechtigt. Vereinzelt nur treten Käfer schädigend auf.

Kartoffeln: Der Stand der Kartoffeln war bisher mäßig. Aber auch hier hat der Regen befruchtend gewirkt, so daß wir voraussichtlich mit einer guten Kartoffelernte rechnen können. Die Ernte würde noch besser ausfallen, wenn nicht durch mangelhaftes Saatgut die Vorbedingung für eine Höchsternte fehlte. Gerade auf diesem Gebiete macht sich die Abhängigkeit von Deutschland besonders fühlbar, denn der Bezug der hochgezüchteten gesunden Kartoffelsaaten, wie Kamekesche Zuchten, die sich das Feld in Deutschland zu erobern scheinen, stößt auf unüberwindliche Hindernisse. Gerade bei Kartoffelfeldern sah man wieder den Einfluß besten Saatgutes, und die Wirtschaften, die regelmäßig kranke Stauden entfernen, um gutes Saatgut zu erzielen, zeichneten sich durch gleichmäßigen Stand der Felder aus. Wenn in anderen Gegenden Polens die Kartoffelernte so günstig ausfallen wird, wie die Posener Ernte verspricht, wird unbedingt eine Ausfuhr von Kartoffeln und den Erzeugnissen der Spiritus-, Stärke- und Kartoffelindustrie notwendig sein, damit die Preise für Kartoffeln nicht wesentlich unter die Erzeugungskosten sinken. Eine größere Menge Kartoffeln wird zu Futterzwecken herangezogen werden müssen, um den Mangel an Futter aller Art auszugleichen. Denn wie groß der Mangel an Futter ist, konnte man daran sehen, daß manches zur Körnergewinnung bestimmte Getreidefeld grün abgefüttert werde mußte.

Obsternte: Die Obsternte ist nicht bedeutend, trotz der gut verlaufenen Blüte im Frühjahr. Auch hier möchten wir anregen, mehr Bienenzucht zu treiben, damit eine bessere Befruchtung stattfinden kann. Sturm und Regen haben unsere Obstbäume böse zugerichtet. In Pommerellen scheint der Sturm noch wesentlich mehr Schaden angerichtet zu haben als in Posen. Schöne alte Allee- und Parkbäume sind entwurzelt worden, und in den Wäldern ist viel Schaden angerichtet.

Die Weiden sind vollkommen kahl gefressen. Kaum findet sich so viel Futter, daß die Weidetiere einigermaßen normal ernährt werden können, aber auch hier wird der Regen das Bild bald ändern. Anregen möchten wir hier eine umfassende Vertilgung der Unkräuter, insbesondere der Disteln auf den Weiden, was mühelos durchgeführt werden kann. Neben dem schon vorher angeführten Ackersenf und Hederich haben sich die Quecken und Disteln in erschreckender Weise vermehrt, so daß energisch gegen diese Unkräuter vorgegangen werden muß. Kleefelder sah man aus den schon angeführten Gründen in Posen fast gar nicht. Dagegen berechtigt der junge Klee doch zu guten Hoffnungen. Wer so glücklich ist, ein Kleefeld zu haben, dem kann nur empfohlen werden, dieses zur Samengewinnung stehen zu lassen, da Saatgut nur wenig angeboten werden wird und älteres Saatgut nur in abfallenden Partien zu haben ist.

Der größte Teil der Ernte ist geborgen. Ein Teil steht noch draußen; er wäre wohl auch schon eingebracht, wenn nicht der unverantwortliche Streik dazwischen gekommen wäre und damit ungeheuren Schaden nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Allgemeinheit zugefügt hätte. Sie wird erschwert, weil nur sehr selten Mähmaschinen in Benutzung genommen werden können, infolge lagernden Getreides und weil bisher noch kein beständiges Wetter einsetzte. Hoffentlich gelingt es, ohne allzugroße Verluste die Ernte zu bergen. Auch in Pommerellen dürften die Ernteverhältnisse ähnlich liegen wie im vorstehenden Bericht, den wir auf Grund von Beobachtungen auf ausgedehnten Reisen in Posen niederschrieben. Auf unserer Reise nach Oberschlesien, in die Bielitzer Gegend und in das angrenzende Galizien bis zu der bekannten Dolkowskischen Kartoffelzuchtwirtschaft konnten wir uns überzeugen, daß auch dort mit ähnlichen Verhältnissen zu rechnen ist wie hier. Dagegen stehen dort die Rotklee- und Luzernefelder wesentlich besser. Vorzüglich stehen auch die Rüben und Kartoffeln. Bei dem sich noch auf dem Felde befindlichen Hafer sucht man den schädigenden Einflüssen der Witterung vorzubeugen, indem man die zehnte Garbe als Haube auf die übrigen Getreidegarben aufsetzt.

Rathenaus Tod im Wahrtraum.

Von Dr. Georg Lomer-Hannover.

(Nachdruck verboten.)

Nur langsam erobert sich die Wissenschaft vom Traum, insonderheit vom Wahrtraum die Anerkennung der gelehrten Mehrheit. Dinge, die nach ihrer ganzen Natur und den Folgerungen, die sie unweigerlich nach sich ziehen müssen, eine Umwandlung vieler scheinbar feststehender Grundbegriffe verlangen, können sich naturgemäß nur in stetem Kampfe gegen starke Widerstände durchsetzen. „Steine können nicht vom Himmel fallen,“ lehrte noch Lavoisier. „Die Sonne kann unmöglich Flecke haben,“ hielt man Galilei und Scheiner entgegen, als sie ihre umwälzenden Gestirnbeobachtungen den gelehrten Kollegen vortrugen. „Der Phonograph ist nichts als ein Bauchrednertrick!“ riefen — bei seiner ersten Vorführung — die Herren von der französischen Akademie und überhäuften den Vorführer mit Schmähungen und Schimpfworten.

Ein ähnliches Schauspiel erlebten wir in Deutschland mit der Hypnose, bald darauf mit der Schriftdeutungskunde und soeben mit den sogenannten okkulten Wissenschaften, zu denen auch das Wissen vom Wahrtraum gehört. Wer kann zweifeln, daß sich auch hier die Wahrheit schließlich — und vielleicht rascher als viele glauben — durchsetzen wird? Die Hypnose gehört bereits zum sicheren Bestande der ärztlichen Praxis, mit graphologischen Sachverständigen arbeiten jetzt schon zahlreiche große Firmen, um — an der Hand derartiger Analysen — eine gute Auswahl unter ihren Stellenbewerbern zu treffen. Und die Traumdeutungskunde ist — seit Prof. Freuds Forschungen — immerhin in das Stadium getreten, in dem man sich ernsthaft mit ihr befaßt und ihre Möglichkeit erörtert. Unter Wahrtraum versteht man die Wahrnehmung räumlich oder zeitlich entfernter Ereignisse, also die Überwindung von Zeit und Raum im Traume, — eine Möglichkeit, die noch von Freud und den meisten seiner Schüler geleugnet wurde, von anderen Forschern aber, wie den Ärzten Bergmann und v. Gerhardt u. a. als erwiesen betrachtet wird. Auch ich selber habe in einer Reihe von Spezialarbeiten den Nachweis für die Tatsächlichkeit solcher Erscheinungen zu führen gesucht. Eine unendliche Anzahl gut verbürgter Einzelfälle stehen der Wissenschaft heute bereits zur Verfügung, und es ist Zweck dieser Zeilen, dieses Material um einen weiteren, besonders interessanten und aktuellen Fall zu vermehren, der sich auf die Ermordung des Außenministers Dr. Rathenau bezieht. Für möglichst vielseitige Erfahrung und Beobachtung kann die für die gesamte Psychologie hochwichtige Frage endgültig lösen.

Vorausgeschickt muß werden, daß der Traum, um seine Absicht zu erreichen, sich einer Bildersprache bedient, die bald mehr, bald weniger leicht verständlich ist und nach bestimmten Regeln gedeutet werden kann. Im vorliegenden Falle ist dies nicht schwer.

Der mir nah befreundete Dr. A. in H., ein Arzt, hatte am 18. April dieses Jahres folgenden Traum, den er sogleich — ohne ihn zu verstehen — lediglich der Wissenschaft halber, folgendermaßen aufschrieb. Die Niederschrift hat mir, genau datiert, vorgelegen: „Die Szene spielt in einem großen Turm. Auf einer langen Holztafel liegen die Leichen von zehn bis zwölf überlebensgroßen Männern, darunter Rathenau. Mein Begleiter tippt auf diesen und sagt: „Eitel!“ Hierauf schwingt eine laute Stimme durch den Raum: „Wir haben keinen falschen Vertrag!“

Auf diesen, wie gesagt zunächst total unverständlichen Traum folgte nach sechs Tagen, also am 24. April, ein weiterer, der so lief: „Ich befinde mich auf einem Wege zwischen Buschwerk, das mir den Ausblick versperrt. Plötzlich ist mein Vater da und teilt vor mir die Büsche auseinander, so daß ich nun ganz klar den Weg erkenne. „Dort,“ sagt er und deutet nach rückwärts, „liegt Rathenow!“ — —

Beide Träume wurden erst voll verständlich, als am 24. Juni die Kunde von Rathenaus Ermordung die Lande durcheilte. Der erste ist neun Wochen, der zweite genau zwei Monate vor dem tragischen Tode des Ministers geträumt, und beide verdienen in mehrfacher Hinsicht besonderes Interesse. Zunächst sei ihre Bildersprache gestreift.

Die „überlebensgroßen“ Männerleichen sind natürlich als Männer von Rang und Bedeutung zu verstehen. Der Begleiter des Träumenden „tippt“ auf Rathenau, das heißt er deutet an, daß dieser die erste Leiche sein wird. Das Wort „Eitel“ soll wohl Rathenau als ehrgeizigen Mann bezeichnen. Das laut durch den Raum hallende Wort: „Wir haben keinen falschen Vertrag!“ könnte ungezwungen auf die politische Spannung bezogen werden, in die Rathenaus Ermordung hineinplatzte: Tags zuvor hatte Helfferich im Reichstag sehr scharf über die deutschen Noten an Frankreich vom 9. und 28. Mai gesprochen, in denen alle die Zugeständnisse gemacht würden, die von der Reparationskommission am 21. März verlangt, jedoch vom Reichskanzler am 28. März in offizieller Reichstagssitzung scharf zurückgewiesen worden seien, also „unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht und der Ehre eines großen Volkes“, womit namentlich die Finanzkontrolle gemeint war.

Es ist aber auch denkbar, daß sich die Worte vom „falschen Vertrag“ auf den gerade am 18. April, dem Traumtage, abgeschlossenen Vertrag von Rapallo beziehen sollten, dessen solide Basis von den Attentätern und ihrem Kreise vielleicht in Zweifel gezogen wurde. Vielleicht ist letzteres sogar wahrscheinlicher. Eigentümlich berührt jedenfalls dieses genaue Zusammenfallen des Traumes mit dem Vertragstermin, und es scheint denkbar, daß der Plan zu dem Attentat mit diesem Ereignis irgendwie in organischer Verbindung steht. Die Presse wußte ja auch zu melden, „daß die Pläne zu dem Attentat in geheimen Sitzungen der Organisation Consul bereits zu einer Zeit ausführlich besprochen und beraten“ worden seien, „als sich Minister Dr. Rathenau zur Konferenz nach Genua begeben hatte“. (Hann. Anz. vom 1. Juli.)

Ein weiterer, besonders interessanter Punkt ist der Ort der beiden Träume. Um zunächst auf den zweiten einzugehen, so wird hier der Personenname Rathenau durch den Ortsnamen Rathenow, der ja sicher auch dem ersteren zugrunde liegt, wiedergegeben. Rathenow selber ist dem Träumer vollständig unbekannt, auch hat er dort weder irgend welche Beziehungen noch Interessen.

Dieser Ort Rathenow liegt nun also, so sagt der Traum, „rückwärts“. Das Rückwärtige hat im Traume sehr oft die symbolische Bedeutung: vergangen, gewesen. Der Traum sagt also klipp und klar nichts als dies: Rathenau ist gewesen, er ist tot!

Noch wichtiger erscheint der Ort der ersten Traumszene; sie spielt in einem Turme. Berührt es da nicht merkwürdig, daß die Mörder im Turme der Burg Saaleck bei Kösen gefunden wurden, wohin sie auf Umwegen geflüchtet waren? Sollte der Platz, wo man sie am 17. Juli tot fand, am Ende derselbe sein, wo das Komplott geschmiedet wurde?

Das und anderes bleibt vorläufig eine offene Frage. Man sieht aber schon, welche Fülle interessanter Gesichtspunkte sich aus diesem zwar kleinen, doch sehr lehrreichen Traummaterial ergibt.

Beide Träume sind nicht eigentlich als prophetische Träume zu bezeichnen, da ihr Inhalt zur Zeit, zu der der Traum stattfand, wahrscheinlich in den Köpfen der Mörder und ihrer Mitverschworenen als Gedanke und fester Plan gelebt haben dürfte. Man muß hier vielmehr von sogenannten telepathischen Träumen sprechen, das heißt von Traumerlebnissen, bei denen ein gedanklicher Inhalt über eine große räumliche Entfernung hinweg von einem ganz Unbeteiligten im Bilde wahrgenommen wurde.

Dieses, nämlich die Unbeteiligtheit des Träumers an der Mitwisserschaft um das Attentat, ist die Grundlage, durch welche die Erlebnisse erst ihren besonderen Wert bekommen. Dr. A. in H., viele hundert Kilometer von Burg Saaleck, die er überhaupt nicht kennt, entfernt wohnhaft, ist mir als stiller, wenig politischer Mann bekannt, der in der Hauptsache wissenschaftlichen und namentlich religiösen Zielen lebt; er hat keinerlei Verbindung mit irgend welchen terroristischen Rechts- oder Linksorganisationen; und es ist völlig ausgeschlossen, daß er etwa um die Attentatspläne gewußt haben könnte. Da er ausgesprochene hellseherische Fähigkeiten, besonders im Halb- oder Ganzschlafe hat, hat er die Gewohnheit angenommen, alle seine Träume und sonstige visionäre Wahrnehmungen ausnahmslos aufzuschreiben, unter genauer Beifügung von Stunde und Datum. Die Erfahrung hat gezeigt, daß ihm auf diesem ungewöhnlichen Wege manches wertvolle Vorwissen zuteil wurde, das unter Umständen des praktischen Nutzens nicht entbehrt.

Das schwierigste Moment liegt vielfach nur darin, daß die Bildersprache der Traumvisionen erst dann in voller Schärfe deutbar und verständlich wird, wenn die Vision sich bereits realisiert hat, wenn es also nicht mehr möglich ist, auf Grund ihrer etwa eine Warnung oder dergleichen an die gefährdete Person oder Stelle gelangen zu lassen. Es ist bei den heute noch herrschenden Vorurteilen auch wohl fraglich, ob solche Warnungen überhaupt Beachtung finden würden. Wer auf den Höhen lebt und es, wie man zu sagen pflegt, „geschafft hat“, hat gewöhnlich wenig Sympathie für Kassandrarufe und krankt oft an einer Überschätzung seiner Lebenssicherheiten, die ihm nur allzu leicht — heute mehr als je — zum Verderben werden kann. Er hält es lieber mit dem Drachen Fafner, der den Hort hütet und dessen Philosophie in den Worten gipfelt: „Ich lieg' und besitze. Laßt mich schlafen!“

Politische Tagesneuigkeiten.

Im Kriegsfalle Generalstreik der Bergarbeiter. Der Internationale Bergarbeiterkongreß in Frankfurt a. M. hat sich für den Fall des Kriegsausbruchs für den Generalstreik erklärt.

Generalstreik in Lissabon. Aus Lissabon wird von der Radio-Agentur gemeldet, daß ein Generalstreik ausgebrochen sei als Protest gegen die Brotpreiserhöhung. In der Stadt selbst ist jeder Verkehr so gut wie aufgehoben, doch wurde die Ruhe nicht gestört. Die Kammer hat immerhin die Aufhebung der konstitutionellen Garantien auf vierzehn Tage angenommen. Die Zeitungen werden während dieser Zeit der Zensur unterworfen sein.

Deutsches Reich.

** **Teilnahme des Reichspräsidenten an der Eröffnung der Überseewoche in Hamburg.** Am Nachmittag des 17. August wird der Reichspräsident in Begleitung der Reichsminister Köster und Hermes in Hamburg eintreffen und vom Bürgermeister Diestel empfangen werden. Der Reichspräsident und die Minister nehmen Donnerstag abend an dem Empfang im Rathause und Freitag vormittag an der Eröffnung der Überseewoche in der Universität teil. Nach der Besichtigung der Überseewoche erfolgt Freitag vormittag die Fahrt zum Hafen. An die Hafenbesichtigung, auf der auch der Besuch eines Überseedampfers der Hamburg—Amerika-Linie vorgesehen ist, schließt sich ein Besuch der Ausstellung für Städtebau und Siedlungswesen in der Kunsthalle. Um 7 Uhr findet ein Essen beim Präsidenten des Senats statt. Am Sonnabend wird der Reichspräsident mit den Reichsministern Altona besuchen.

** **Französische Postüberwachung zum Zwecke der Handelsspionage.** Von der französischen Besatzungsbehörde wird der Postverkehr im Brückenkopf Düsseldorf durch eine beim Postamt II daselbst eingerichtete Zensurstelle überwacht. Neben dieser offenen Postüberwachung erfolgt an einzelnen Stellen noch eine weitere Einzelüberwachung, die die Briefsendungen besonders von und an Behörden und von und an Handelsfirmen erfaßt. Die Vermutung, daß die Postüberwachung zu einer geheimen Handelsspionage ausgenutzt wird, hat sich bestätigt. Auch die von der belgischen Besatzungsbehörde auf dem Postamt in Düsseldorf II eingerichtete Postüberwachungsstelle führt neben der offenen Briefzensur eine eingesetzte Geheimüberwachung aus. Die Tel.-Union rät daher dringend, daß Absender von Briefen nach dem Brückenkopf Düsseldorf größte Vorsicht beobachten und Mitteilungen, die der Besatzungsbehörde nicht bekannt werden sollen, nicht auf einem Beförderungswege an die Empfänger gelangen lassen, der die Sendungen der Gefahr der Öffnung durch die Besatzungsbehörden aussetzt.

** **Der kaufmännische Streik in Frankfurt a. M. beendet.** In der heute vormittag abgehaltenen Streikversammlung der kaufmännischen Angestellten wurden die in den gestrigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberkartell gemachten Vorschläge vorgelegt. Nach sehr erregter Debatte wurde die Abstimmung vorgenommen. Danach wird die Arbeit in allen kaufmännischen Betrieben heute nachmittag 2 Uhr wieder aufgenommen.

Freistaat Danzig.

Der Riesendampfer „Columbus" zu Wasser gebracht

Danzig, 8. August. Der Riesenozeandampfer „Columbus", der, wie gemeldet, am 17. Juni auf der Danziger Schichau-Werft vom Stapel laufen sollte, aber nicht zu Wasser gebracht werden konnte, ist heute vormittag mit Hilfe hydraulischen Druckes zu Wasser gebracht worden.

Die Danziger Kommunisten trennen sich von Berlin.

Die Kommunistische Partei Danzigs ist, nach einer Meldung der „Danz. Zeitung", seit einigen Monaten, seit nämlich ihre parlamentarischen Führer Rahn, Raube und Schmidt aus der Bezirksleitung hinausgewählt wurden, merkwürdig still geworden. Nunmehr berichtet die mehrheitssozialistische „Volksstimme" von einer neuen Krise in der kommunistischen Parteileitung. Von einem neugewählten Parteivorstand wurde das Ausscheiden aus der Kommunistischen Partei Deutschlands mit 15 gegen 4 Stimmen beschlossen. Die Danziger Kommunisten werden also in Zukunft eine selbständige Sektion der Kommunistischen Internationale bilden, oder, wie die „Volksstimme" sich ausdrückt, in Zukunft nicht mehr nach der Berliner, sondern direkt noch der Moskauer Pfeife tanzen. — Was in der Praxis wohl aufs gleiche hinauslaufen wird.

Polnische Presseleute in Danzig.

Danzig. 11. August. Auf die Einladung des Generalkommissariats der Republik Polen traf in Danzig eine Delegation der polnischen Presse ein, um sich mit den Verhältnissen der freien Stadt vertraut zu machen. Am nachmittag erfolgte ein Ausflug nach Gdingen und am abend beim Generalkommissar ein Journalistenempfang statt.

Aus der polnischen Presse.

Die „Gazeta Poznańska", das Posener Organ der Bürgerlichen Vereinigung (Zjednoczenie Mieszańskie) schreibt in Nr. 182 vom 11. d. Mts. unter dem Titel:

„Die Nationaldemokratie Feind des Mittelstandes",

folgendes: „Die Nationaldemokratie, die schon seit langer Zeit ihren Einfluß auf die Arbeiterkreise verloren hat und immer mehr aus den Bauernkreisen verdrängt wird, stützt sich bekanntlich in einigen Teilgebieten auf wenige, aber vermögende Landleute, verteidigt aber mit allen Mitteln ihre Stellung in zahlreichen Schichten des städtischen Mittelstandes und bekämpft sehr energisch alle im Sinne der Losungen von Kołłątaj und Dekert entstandenen Bestrebungen des städtischen Bürgertums, sich politisch selbständig zu machen. Einen neuen Beleg dieser feindlichen Stellung gegenüber den Interessen des Mittelstandes hat die Nationaldemokratie letzthin bei der Annahme der Wahlordnung zu den künftigen gesetzgebenden Körperschaften gezeigt. Die Vertreter des Nationalen Volksverbandes sowie der Witos-Gruppe haben einen Entwurf für die Reichswahllisten forciert und zur zweiten Lesung durchgebracht, der keineswegs den sogenannten nationalen Minderheiten Schaden zufügte, sondern lediglich und ausschließlich für andere in der Minderheit befindliche Gruppen todbringend war. Zu diesen Grupen gehört und wird eine längere Zeit gehören die Gruppe des Mittelstandes, und zwar wegen der Tatsache, daß die Bewohner der Städte kaum ungefähr ein Drittel der gesamten Bevölkerung Polens darstellen, daß die Städte in Kongreßpolen, Kleinpolen und den östlichen Grenzgebieten verjudet (zażydzone) sind, daß schließlich ein bedeutender Teil der städtischen Bevölkerung vom Proletariat (dem sogenannten vierten Stand) gebildet wird. Man hätte von seiten der bürgerlichen Organisationen und anderen Sejmparteien die größten Anstrengungen machen müssen, um den für den Staat schädlichen Entwurf abzuändern. Indessen ist es der Nationaldemokratie und den Witosleuten gelungen, das gegenwärtige Gesetz durchzubringen, das den Staat wirklich nicht vor der fremdstämmigen Gefahr schützt, dagegen der Republik u. a. eine entsprechend starke Sejmvertretung des Mittelstandes nimmt und auf eine längere Zeit ein großes Hindernis für das politische Selbständigwerden des polnischen Bürgertums darstellen wird. Vor allen Dingen infolge der Bemühungen des Nationalen Volksverbandes hat der Sejm die Vereinigung der Kandidatenlisten für die Bezirkswahlen aufgehoben. Die Listenvereinigung würde den christlichen Wahlgruppen der Minderheit, deren es in den Bezirken einige gibt, manche Aussichten geben, mit gemeinsamen Kräften einen Kandidaten durchzubringen, besitzt dagegen für die nationalen Minderheiten nicht die Bedeutung, da sie in der Regel in den Bezirken Einzellisten aufstellen. Von seiten des Nationalen Volksverbandes ist dieses Unrecht dem Mittelstande bewußt angetan worden. In der Diskussion bei der dritten Lesung der Wahlordnung erklärte Abg Geistlicher Lutosławski im Namen des Nationalen Volksverbandes (Nationaldemokratie) ganz offen, daß seine Partei gegen die Listenvereinigung bei den Bezirkswahlen sei, um das Eintreten von Vertretern der Minderheitsgruppen in den Sejm zu erschweren und die Teilnahme unparteiischer sozialer Berufsorganisationen an der Wahlaktion unmöglich zu machen. Es muß betont werden, daß auch diese letzte Bemerkung hauptsächlich den Mittelstand trifft; denn die Bauern und Arbeiter treten nicht als solche zu den Wahlen außerhalb ihrer Parteien, dies tun einzig und allein die von den letzten Wahlen nicht befriedigten Schichten des Mittelstandes, wie z. B. die Berufsintelligenz, die Hausbesitzer und Wirtschaftskreise. Das oben angeführte frische Beispiel für die feindliche Haltung der Nationaldemokraten dem sich emanzipierenden Mittelstande gegenüber muß dem ganzen Bürgertum jetzt, wo in nicht allzu ferner Zeit diese Partei bei den Wahlen wieder die Hände nach Unterstützung und nach den Stimmen der städtischen Bevölkerung ausstrecken wird, klar gemacht werden

*

Dasselbe Blatt äußert sich in der gleichen Nummer zum Zusammenschluß der nationalen Minderheiten folgendermaßen: „Müßten nicht die Polen den Rusini (womit Weißrussen, Ruthenen und andere Russen, Rosjanie, genannt sind) und den Tschechen als Stammesbrüdern größere Rechte einräumen als den Juden und Deutschen? Welcher Fehler steckt in unserer Politik, daß sich die „Rusini" und die Tschechen nicht mit uns vereinigen?"

In voller Naivität zeigt sich hier der unrepublikanische und undemokratische Standpunkt, den die Partei der Stadtbürger mit den meisten anderen polnischen Parteien teilt, daß der Pole der Herr im Staate sei und nach Wohlgefallen und aus Gnade den einzelnen nationalen Minderheiten mehr oder weniger Vorrechte und Vergünstigungen spenden könne. Außerdem zeigt sich, welche Furcht die nationalistischen Polen bei dem Gedanken an die Möglichkeit eines Blocks der nationalen Minderheiten befällt. Welche Fehler muß die innere polnische Politik gemacht haben, daß sie sich so vor ihren nationalen Minderheiten, die 35—40 Prozent ihrer Staatsbürger ausmachen, fürchten muß?

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 12. August.

Die Posener Gartenausstellung.

Die Gartenausstellung, die im Herbst d. Js. auf dem Grundstück der Posener Messe am Oberschlesischen Turm vom Großpolnischen Verband der Berufsvereinigungen der Gärtner eröffnet wird, wird vom 30. September bis 5. Oktober d. Js. geöffnet sein. Die Ausstellung wird alle Zweige der Gärtnerei und Gegenstände umfassen, die zur Gärtnerei benötigt werden. Für Liebhaber der Gärtnerei ist eine besondere Abteilung eingerichtet. Anmeldungen von Ausstellern nimmt das Ausstellungskomitee bis zum 15. September im Büro der Gärtnereiabteilung bei der Großpolnischen Handelskammer in Posen ul. Miczkiewicza 33 (fr. Hohenzollernstr.) von 9 Uhr früh bis 2 Uhr mittags entgegen. Das Programm der Ausstellung wird auf Wunsch unentgeltlich zugeschickt.

Die Pflicht des Preisaushanges.

Der Innenminister hat, wie schon kurz erwähnt, am 5. Juli 1922 (Dz. Ustaw Nr. 52, Pos. 483) eine Verfügung erlassen, nach dessen § 1 die Inhaber von Läden, Warenlagern, Gastwirtschaften, Konditoreien, Cafés, wie überhaupt jeglicher Art von Handelsunternehmungen, deren Zweck der Verkauf von Artikeln des täglichen Gebrauchs ist, verpflichtet sind, in ihren Betriebsräumen Preislisten in bezug auf ausnahmslos alle für den Verkauf bestimmte Waren und Gegenstände des täglichen Gebrauchs auszuhängen, sowie die Preise unmittelbar an den betreffenden Gegenständen kenntlich zu machen. Der § 2 schreibt vor, daß die Preislisten auszuhängen bzw. an einer für den Käufer sichtbaren und zugänglichen Stelle anzubringen sind; sie müssen die Aufführung der einzelnen Waren und Preise, die Angabe der Firma oder des Namens des Unternehmers, der Adresse und des Datums, wann die Preisliste angefertigt wurde, enthalten. Im § 3 und 4 wird verboten, höhere Preise als die in der Preisliste bezeichneten, zu fordern und den Verkauf der Artikel, für welche die Preise in der Preisliste bestimmt sind, zu verweigern. Die §§ 5 und 6 bestimmen, daß die in § 1 aufgeführten beschäftigten Personen verpflichtet sind, den Käufern auf Verlangen Rechnungen über die verkauften Waren und Gegenstände auszustellen; in den Rechnungen müssen die Adresse, das Verkaufsdatum, die Beschaffenheit und Menge der Ware und deren Preis bezeichnet sein. Ferner wird verlangt, daß sich im Besitz der erwähnten Inhaber Original-Fakturen über sämtliche zum Verkauf bestimmten Waren befinden. § 7 droht Haft bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zur Höhe von 1 Million Mark für Zuwiderhandlungen gegen die obige Verfügung an. Von den Behörden wird darauf Wert gelegt, daß sich die Interessenten mit den Vorschriften der vorstehenden Verfügung genau vertraut machen.

Eine sich mit dem Inhalt dieser Verfügung deckende örtliche Verordnung bestand in der Stadt Posen bereits seit langer Zeit, ist aber, wie es scheint, nach und nach in Vergessenheit geraten. Hoffen wir, daß diese Verfügung des Innenministers nicht von dem gleichen Schicksal betroffen wird. Darunter würde die Bevölkerung zu leiden haben, zu deren Schutz der Minister seine Verordnung erlassen hat.

Wolgadeutschenhilfe.

Der Evangelische Preßverband bittet uns um die Veröffentlichung folgender Ausführungen:

Das notwendige Liebeswerk des Landesverbandes für Innere Mission in Polen an den Wolgadeutschen-Flüchtlingen aus dem russischen Hungergebiet ist seit Anfang Februar d. Js. noch nicht zum Stillstand gekommen, obwohl in zahlreichen Transporten von vielen Hunderten von Wolgadeutschen bereits sehr viele dieser bedauernswerten Opfer des Bolschewismus durch die Innere Mission aus dem Internierungslager Stralkowo nach dem Flüchtlingslager Frankfurt a. O. geschafft worden sind. Es befinden sich gegenwärtig immer noch 166 Wolgadeutsche im Lager Stralkowo. Bei der sehr erheblich gestiegenen Teuerung wird es der Inneren Mission immer schwerer, die Kosten für die regelmäßigen wöchentlichen Liebesgabensendungen an Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen aufzubringen. Die Not der deutschen Landsleute aus dem Wolgagebiet hat aber leider immer noch nicht nachgelassen, so daß das Liebeswerk der Inneren Mission auf keinen Fall eingestellt werden kann. Obwohl das Pfund Speck bereits mit 1100 M. bezahlt werden muß und die übrigen Preise ähnlich hoch sind, muß es mit Hilfe aller Landsleute unseres Gebietes, trotz unserer eigenen Not möglich sein, für die vom Krieg und der Revolution unter dem Bolschewismus sehr viel schwerer getroffenen Wolgaflüchtlinge weiter ausreichend zu sorgen. Nachdem die allgemeine Gebefreudigkeit im Laufe der Zeit etwas nachgelassen hat, hoffen wir, daß die Landsleute im Laufe der Zeit etwas nachgelassen hat, hoffen wir, daß die Landsleute weiter gern mit reichen Spenden an Lebensmitteln helfen werden, die an die Geschäftsstelle der Inneren Mission in Posen, Aleje Marcinkowskiego 26 II (früher Wilhelmstraße) zu richten wären. Geldspenden nehmen alle deutschen Banken nach wie vor weiter gern für die Wolgadeutschenhilfe der Inneren Mission entgegen. Im besonderen werden auch die deutschen Zeitungen zur Weiterleitung dieser Gaben gern bereit sein.

✗ **Mariä Himmelfahrt** am Dienstag, 15. August, ist katholischer Feiertag. Er gilt als gesetzlicher Feiertag; auf ihn finden die Vorschriften über die Sonntagsruhe Anwendung.

✗ **Einen schweren Unfall** erlitt gestern in der ul. Wjazdowa (fr. Am Berliner Tor) der Professor Karnowski, indem er aus irgend einem Grunde stolperte und ein Bein brach, so daß er in das Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte. Bei der Gelegenheit sei wieder einmal daran erinnert, daß die von Vertretern aller Stände geübte Gepflogenheit des Wegwerfens von Obstresten, Obstkernen und dergl. immer noch eine grobe Ungezogenheit und unerhörte Rücksichtslosigkeit gegen die übrige Bevölkerung bedeutet.

✗ **Eine eindringliche Warnung vor Taschendieben** bittet uns die Kriminalpolizei angesichts des heute, morgen und übermorgen hier stattfindenden Gausokolfestes zu veröffentlichen. Wenn nicht alles täuscht, sind bereits zahlreiche Vertreter der „edlen Zunft" der Taschendiebe von außerhalb eingetroffen, die bei dem zu erwartenden lebhaften Andrange auf der Straßenbahn, am Eingange zum Stadion und auf den Tribünen an der Brama Dębińska (fr. Eichwaldtor) beflissen sein werden, harmlose Leute um ihre Uhren, Geldtaschen und sonstige höchst begehrenswerte Dinge zu erleichtern. Darum Vorsicht!

✗ **Schwindlern zum Opfer gefallen** ist gestern nachmittag die Verkäuferin des Goldwarengeschäfts in der ul. Św. Marcin 1 (fr. St. Martinstr.). Dort erschienen zwei gut gekleidete Männer und ließen sich goldene Ringe zur Ansicht vorlegen. Als die Verkäuferin zum Fernsprecher abgerufen wurde, benutzten die kauflustigen Herren die Gelegenheit, um mit einem prächtigen Brillantring, 84 Karat, im Werte von 100 000 Mk. zu verschwinden. Sie haben leider die Bezahlung vergessen.

✗ **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Einem Manne sind folgende Sachen, die er eingestandenermaßen in der Umgegend von Posen gestohlen hat, von der Polizei abgenommen worden: ein weißer seidener Schal, zwei Küchenhandtücher und ein derbes Leinwandbettuch, M. W. gezeichnet, zwei weiße Bettbezüge, E. B. gezeichnet, zwei weiße Mundtücher mit den Buchstaben H. v. R. bzw. H., zwei Meter grünkarierter Barchend mit schwarzen Punkten. Die Eigentümer wollen sich beim Polizeikommando für die Landkreise Posen in der ul. Działyńskich (fr. Naumannstr.) melden.

✗ **Einbruchsdiebstahl.** Aus einer Wohnung in der ul. Gen. Prądzyńskiego 41 (fr. Gneisenaustr.) wurden durch Einbruch Kleidungsstücke im Werte von 100 000 Mk. gestohlen.

---

* **Groß-Neudorf,** 11. August. Am Sonntag wurde hier der kürzlich von den kirchlichen Körperschaften einstimmig gewählte Pfarrer Friedrich Rohner, bisher in Rojewo, in sein neues Amt eingeführt. Superintendent Diestelkamp legte seiner Einführungsansprache das Wort Maleachi 2, 7 zugrunde: „Des Priesters Lippen sollen die Lehre bewahren, daß man aus seinem Munde das Gesetz suche; denn er ist ein Engel (Bote) des Herrn Zebaoth", und verpflichtete den neuen Pfarrer, unverzagt und getrosten Mutes eben als Gottes Bote, allen feindlichen Mächten zum Trotz, an der Predigt vom Kreuz festzuhalten. Nach einem Lobgesang des Kirchenchors predigte Pfarrer Rohner über das Schriftwort Lukas 15, 18: „Ich will mich aufmachen und zu meinem Vater gehen." Die Schlußliturgie hielt Pfarrer Mudrack aus Hopfengarten.

* **Gnesen,** 10. August. Gestern wurde auf dem hiesigen Bahnhof dem Ministerialbeamten Mieczyslaus Mikłaszewski aus Warschau mittels Taschendiebstahls seine Brieftasche entwendet. Es befanden sich darin verschiedene Ausweispapiere auf seinen Namen, zwei Wechsel über 200 000 M., eine Quittung über 85 Goldrubel und 50 000 M. polnisches Geld.

* **Rawitsch,** 11. August. Durch Verfügung der hiesigen Polizeiverwaltung vom 7. August ist die Verabfolgung von Alkohol bis auf Widerruf verboten. Übertretung wird streng bestraft. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Maßnahme mit dem Landarbeiterstreik in Verbindung bringt. — Auf einem Wagen, der Säcke mit Zucker zu seinem Empfänger fuhr, platzte nachmittags auf der Ringseite, Ecke ul. Klasztorna einer der Säcke, und der herausrinnende Inhalt zog eine armbreite Spur bis zur ul. 17. Stycznia, wo der Wagenführer endlich auf Anruf hielt. Wie besessen stürzten sich sofort Kinder, Frauen und Männer, groß und klein auf den begehrten Artikel und sackten sich teils unter Zuhilfenahme von Schippen die Taschen und Schürzen voll. Man wußte nicht, ob man über die drängelnde, schupsende Menge in ihrer Bienenemsigkeit lachen oder das Mißgeschick des Zucker-Eigentümers, der einen bedeutenden Verlust erlitten haben muß, bedauern sollte.

* **Wongrowitz,** 11. August. Die hiesige Schützengilde feiert am Sonntag, 13. d. Mts. das 375. Gründungsjahr. Die Feier besteht aus einem Umzug, der kirchlichen Feier, Prämienschießen und einem Konzert.

* **Inowrocław,** 11. August. Aus Berlin wird gemeldet, daß einer der verdienstvollsten Männer unserer Gegend, der Schöpfer der kujawischen Zuckerindustrie, Dr. Rudolf Reimann verschieden ist. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, dem unsere Gegend viel zu verdanken hat. Die große Bedeutung dieses Mannes liegt darin, daß er durch die Gründung unserer Zuckerindustrie zum Schöpfer des Wohlstandes einer der reichsten Gegenden unseres Landes wurde. Im Jahre 1875 begründete Dr. Reimann gemeinsam mit dem Gutsbesitzer Rath-Jacewo und dem Kaufmann Kommerzienrat Auerbach-Posen die Zuckerfabrik Amsee und leitete diese viele Jahre hindurch. In Anerkennung seiner großen Verdienste um die Hebung und Entwickelung der kujawischen Landwirtschaft wurde Dr. Reimann vom landwirtschaftlichen Verein „Kujawien" s. Zt. zu seinem Ehrenmitgliede ernannt.

* **Bromberg,** 10. August. Eine Änderung der Preisnotierungen auf dem hiesigen Schlachthofe wird jetzt vorgenommen. Die Schlachthofdirektion teilt dazu folgendes mit: „Im Gegensatz zum Preisnotierungsverfahren auf dem Viehmarkt zu Posen nach Lebendgewicht wird von jetzt ab im hiesigen Schlachthof zweimal in der Woche, und zwar jeden Dienstag und Freitag von 6—7 Uhr nachmittags eine Kommission, bestehend aus dem Schlachthofdirektor und je zwei Vertretern der hiesigen polnischen und deutschen Fleischerinnungen, die Großhandelspreise für die einzelnen Fleischgattungen, je nach Güte klassifiziert, notieren." — Die „Deutsche Rundschau" berichtet: Die Schweinefleischpreise sind in den letzten Tagen auf eine schwindelnde Höhe geschnellt. In der Markthalle wurden für ein Pfund ungeräucherten Speck 1200 M. verlangt, für ein Pfund Schweinefleisch 900—950 M. In Fleischerläden werden für geräucherten Speck sogar 1400 bis 1600 M. verlangt!!

* **Graudenz,** 11. August. Verhandlungen zwischen dem evangelischen Gemeindekirchenrat und der katholischen Kirchengemeinde in Angelegenheit der Friedhofsübereignung sind zum Abschluß gelangt. Die evangelische Kirchengemeinde hat den neuerrichteten Friedhof, der hart an den alten Friedhof im Stadtwalde stößt, an die katholische Kirchengemeinde abgetreten. Im Laufe der Jahre ist bereits eine Anzahl Ange-

höriger der evangelischen Gemeinde auf dem neuen Friedhof beerdigt worden. Es wird nun freigestellt, diese Leichen auf dem nunmehr katholischen Friedhof zu belassen oder auf den alten evangelischen Kirchhof zu überführen. Die Kosten der etwaigen Überführung haben die Angehörigen zu tragen, während die neue Grabstätte auf dem alten evangelischen Friedhofe kostenlos abgegeben wird. Als Entschädigung für den abgetretenen neuen Friedhof, der bereits eingezäunt war, erhält die evangelische Friedhofsverwaltung einen Geländestreifen in Breite von 50 Metern am Stadtwald nach der Rehdener Straße zu in der Länge des evangelischen Friedhofes. — Der Kartoffelpreis ist schon ganz bedeutend gesunken. Man verkauft den Zentner schon mit 3000 M. Man will diesen Preis aber nicht mehr anlegen. Außer den Markttagen macht es Mühe, Kartoffeln abzusetzen.

* Dirschau, 11. August. Ein großer Gelddiebstahl ist in der vergangenen Woche auf der Neustadt verübt worden. Einem Bäckermeister sind aus einem verschlossenen Geldkasten in der Schlafstube 2 300 000 Mark gestohlen worden. — Ein ganz ähnlicher Diebstahl ist auffälligerweise zu ziemlich gleicher Zeit und aus derselben Straße zu melden. Am vorletzten Sonntag verschafften sich Diebe durch ein Hoffenster Eingang in das Arbeitszimmer der Apotheke zur Neustadt und stahlen dort rund 60 000 Mk. Geld und andere Sachen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau, 11. August. Polnischen Blättern zufolge verschwanden die zwei Kinder des Warschauer amerikanischen Konsuls. Die Polizei hat Nachforschungen eingeleitet, da die Befürchtung besteht, daß die Kinder geraubt wurden, um ein großes Lösegeld zu erpressen.

* Warschau, 9. August. Das Militärbezirksgericht verurteilte am 14. Juni d. Js. den Hauptmann Henryk Terk von der Intendantur wegen Spionage, Fälschung und Betrug zur Degradierung, Ausstoßung aus dem Heere und zum Tode. Am 3. Juli bestätigte der Staatschef das Urteil. An demselben Tage um 7 Uhr abends verkündete der Chef des Militärgerichts Oberstleutnant Dudrewicz dem Angeklagten das Urteil. Einige Stunden später verriet Terk Anzeichen von Wahnsinn. Am frühen Morgen des 4. Juli sollte der Verurteilte zum Richtplatz geführt werden. In Anbetracht seines Zustandes gab der Staatsanwalt Major Grodzicki den Befehl, die Urteilsvollstreckung aufzuhalten. Terk wurde einer ärztlichen Beobachtung unterzogen, welche einen ganzen Monat dauerte. Vorgestern erklärten die Ärzte mit Entschiedenheit, daß Terk vollständig gesund sei und Wahnsinn nur vorgetäuscht habe. Er wurde daher gestern früh erschossen. — Am Sonnabend fand im Branickischen Walde bei Radosc ein Zweikampf zwischen Stefan Gärtner, Vizepräsident der Abteilung für Kinderfürsorge beim Ministerium für Gesundheitswesen, und einem Tadeusz Przyluski statt. Die Schüsse wurden gleichzeitig abgegeben, wobei Gärtner getötet und Przyluski schwer verwundet wurde.

□ Warschau, 11. August. Die Krakauer Eisenbahndirektion verschickt folgende Mitteilung über eine Eisenbahnkatastrophe, die sich Montag, dem 7. d. Mts., auf der Station Nowosielce Gniewosz ereignet hat. Der Zug Nr. 1396 fuhr mit einer Belastung von 796 Tonnen von der Station Nowosielce Gniewosz ab. Vor der Einfahrtsweiche hob sich infolge der Tätigkeit der Stoßlokomotive bei gleichzeitigem Bremsen der Zuglokomotiven die vierte Zisterne in die Höhe und riß drei Zisternen mit sich, die beim Überschlagen die Weiche vernichteten und zu gleicher Zeit den sich dort aufhaltenden Weichensteller verletzten. Da die Stoßlokomotive weiter arbeitete, entgleisten auch noch andere Zisternen. Im ganzen entgleisten 13 Zisternen, wurden selbst beschädigt und beschädigten das Gleis. Der Verkehr wurde nach ungefähr 20 Stunden wiederhergestellt, war jedoch mit Hindernissen aufrecht erhalten.

Aus Ostdeutschland.

* Rastenburg, 9. August. Von den trostlosen Zuständen in Rußland gab, wie die „Rastenburger Ztg." berichtet, eine Begräbnisfeier in Rastenburg ein beredtes Zeugnis. Ein vierzehnjähriges Mädchen, eine Verwandte des Senioratsbesitzers v. Fresin-Korschen, war vor einigen Tagen unter den denkbar schwierigsten Umständen mit ihrer Tante, einer Schwester des Herrn v. Fresin, von Petersburg hierher gekommen, um dem sicheren Hungertode zu entfliehen. Die Großeltern und Eltern des Kindes haben vor dem Kriege in Rußland in angesehenster Stellung und in glänzendsten Verhältnissen gelebt, sind aber vor drei Jahren bereits dem Hungertode erlegen. Das allein übrig gebliebene Kind, das bis dahin bei Bekannten das Leben gefristet hatte, war aber bereits so entkräftet, daß es hier den Folgen des furchtbaren Hungers erlag. Die schlichte Beerdigungsfeier machte darum auf alle Anwesenden einen tiefen, herzerschütternden Eindruck.

Geschäftliche Mitteilungen.

= Die Pierwsza Poznańska Ślifiarnia, Inh. A. Pohl in Posen, hat heute, Sonnabend, in der ul. Kraszewskiego 15 (früher Hedwigstr.) ein Zweiggeschäft und Werkstatt mit elektrischem Betrieb eröffnet. Näheres siehe im heutigen Anzeigenteile.

Sport und Jagd.

V **Das polnische Turnfest**, das am Sonntag seinen Anfang nimmt, findet, wie wir schon berichteten, im eigens hierzu auf dem Błonia Wildeckie (Alarmplatz) beim Wildator erbauten Stadion statt, dessen Bau allerdings noch nicht ganz fertiggestellt ist. Durch ein prächtiges Tor, mit zwei Billetkiosken an den Seiten, kann man den letzten Instandsetzungsarbeiten zusehen, und durch dieses Tor wird sich am Sonntag ein imposanter Zug von ungefähr 10 000 Turnern und Turnerinnen bewegen. Das Fest wird durch eine Feldmesse eingeleitet, die am Sonntag um 10 Uhr vormittags stattfindet. Die Entscheidungskämpfe beginnen am Montag, 4 Uhr nachmittags.

Aus dem Gerichtssaal.

* Danzig, 11. August. **Wegen mindergewichtigen Brotes verurteilt.** Das Schöffengericht verurteilte den Bäckermeister Ferdinand Kalweit aus Praust zu 30 000 Mark Geldstrafe, weil er längere Zeit hindurch absichtlich Brot gebacken und verkauft hatte, das 300 Gramm weniger wog, als es wiegen mußte. Das Gericht erblickte in diesem Verfahren des Bäckermeisters eine außerordentliche Schädigung der Bevölkerung.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

K. in Chrz. Das Gesetz ist noch gültig. Ob Sie aber den Prozeß gewinnen werden, wer will das absehen? Aussicht dafür ist unseres Erachtens allerdings vorhanden. Wir würden Ihnen raten, zunächst durch eine Eingabe mit dem Tatbestand bei der betreffenden Behörde deren Auffassung über die Angelegenheit zu ermitteln.

E. S. in R. Sie müssen das Patent unter allen Umständen nachsuchen. — Zu einer schriftlichen Beantwortung, die wir nur in ganz seltenen Fällen erteilen, gibt Ihre Frage nicht den geringsten Anlaß.

Verantwortlich: für Politik: J. V. Theodor Kania; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die neue „Oesterreichische Nationalbank".

Von Dozent Dr. Richard Kerschagl-Wien.

(Nachdruck verboten.)

Der Hauptausschuß des deutschösterreichischen Nationalrates hat die Statuten der neuen Notenbank genehmigt. Es ist demnach wohl zu erwarten, daß die neue Bank innerhalb kürzester Zeit ihre Tätigkeit aufnimmt und die Verwirklichung der darin ausgesprochenen Bestimmungen erfolgt.

Die neue Notenbank führt den Namen „Österreichische Nationalbank". Sie hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß bis zur gesetzlichen Regelung der Einlösungsfrage und zur Festsetzung einer neuen Münzeinheit der Wert der Krone, der in den Devisenkursen zum Ausdruck kommt, zumindest keine Verschlechterung erfährt. Das Kapital der neuen Notenbank besteht aus 100 Millionen Schweizer Franken, von denen 66 Millionen sofort, 44 Millionen zu einem späteren Zeitpunkt zur Begebung gelangen. Die Aktien lauten auf je 100 Schweizer Franks in Gold; es werden aber auch Viertelaktien zu je 25 Franks ausgegeben. Der Staat garantiert der Gesellschaft die Unversehrtheit des eingezahlten Aktienkapitals in Gold. Desgleichen ist den Aktionären eine Mindestdividende von 6 Prozent in Gold garantiert.

Das Organ der Aktionäre ist der Generalrat. Er besteht aus mindestens 16, höchstens 22 Mitgliedern. Hiervon werden mindestens 8, höchstens 14 von der Generalversammlung gewählt. Acht Generalräte werden von der Regierung aus den Reihen der Berufsvertretungen ernannt. Auch Ausländer können Generalräte werden, doch darf ihre Anzahl nicht mehr als 6 betragen.

In der Generalversammlung geben je 25 Aktien eine Stimme. Die Besitzer von weniger als 25 Aktien können sich vereinigen und für je 25 Aktien einen Vertreter für die Generalversammlung ernennen. Niemand darf mehr als 100 Stimmen im eigenen und weitere 100 Stimmen in fremdem Namen besitzen.

An der Spitze der Bank steht ein von der Regierung ernannter Präsident. Seine Amtsdauer beträgt fünf Jahre, doch ist Wiederernennung zulässig. Der Generalrat wählt aus seiner Mitte zwei Vizepräsidenten als Vertreter des Präsidenten. Der Generalrat ernennt ferner einen Generaldirektor und zumindest drei, höchstens fünf Direktoren. Die Regierung erscheint durch einen Regierungskommissar vertreten.

Ganz eigenartig sind die Deckungsvorschriften. Es ist im Wesen das Prinzip einer Dritteldeckung durch Valuten befolgt. Es können daher für je ein Drittel Valuten zum Einrechnungskurs ⅔ anders gedeckte Noten emittiert werden. Hinsichtlich des Deckungskurses gelten folgende Bestimmungen: Grundsätzlich sind die Valuten zum Durchschnittskurse der letzten zwei, der Gründung der Bank vorhergehenden Monate in die Deckung einzurechnen. Doch kann der Finanzminister unter Berücksichtigung der Anfangsbestände und des Notenumlaufs auch einen Einrechnungskurs festsetzen, der zwischen diesem Kurse und dem Durchschnittskurse eines zweiwöchigen, eine Woche vor Beginn der Bank beginnenden Zeitraums liegt. Auch kann der Finanzminister — jedoch nicht früher als mindestens sechs Monate nach erfolgter Gründung der Bank — unter Bedachtnahme auf die Barbestände der Bank auf Antrag des Generalrates der Bank bestimmen, daß weiterhin die Durchschnittskurse der zwei, dieser Entscheidung vorhergehenden Monate als Einrechnungskurse des Valutabestandes in die Deckung zu gelten haben. Im übrigen besteht die Deckung aus Warenwechseln, doch ist für die ersten fünf Jahre des Bestehens der Bank auch die Einrechnung von Lombard nicht ausgeschlossen. Es sind jedoch entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen bei zu starker Zunahme des Lombards vorgesehen.

Das Privileg der neuen Notenbank dauert 25 Jahre. Ein eventuelles Ansuchen um Verlängerung des Privilegs hat die Generalversammlung drei Jahre vor Ablauf des Privilegs bei der Regierung zu stellen.

Die Subskription der neuen Aktien dürfte ehebaldigst beginnen. In Anbetracht der Garantie des Kapitals in Gold und der Mindestverzinsung ist eine rege Beteiligung auch des Auslandes mit Sicherheit zu erwarten. Hinsichtlich des Gewinnes der Bank trifft das Statut, abgesehen von der erwähnten Garantie einer Mindestdividende von 6 Prozent für die Aktionäre, die Bestimmung, daß erst bei einer Dividende von über 8 Prozent eine Beteiligung des Staates mit ⅔, bei einer über 10 Prozent betragenden Gesamtdividende mit ¾ per auszuschüttende Plusprozente beginnt. Die vom Staate garantierte Mindestdividende von 6 Prozent ist auf die gesamten Zollgefälle des Staates sichergestellt. Die Auszahlung der Dividende erfolgt in Schweizer Franks. Nach dem Wortlaute des Ermächtigungsgesetzes werden auch aller Voraussicht nach den Aktienzeichnern weitgehende Steuerbegünstigungen gewährt werden.

Die neue Bank übernimmt den gesamten Umlauf der derzeitigen „Österreichischen Geschäftsführung" der Österreichisch-Ungarischen Bank, sowie den dementsprechenden Bestand an deren Aktiven Die im Besitz der „Österreichischen Geschäftsführung" der Österreichisch-Ungarischen Bank befindlichen Staatsschatzscheine werden in eine Darlehnsschuld des Staates an die neue Bank umgewandelt, hinsichtlich deren Verzinsung, Tilgung usw. noch zwischen der Regierung und der neuen Bank eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden wird. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Mittel der neuen Bank, sei es direkt, sei es indirekt, in keiner Weise außerhalb der gegebenen Deckungsvorschriften für sich in Anspruch zu nehmen. Sie hat sich auch verpflichtet, keinerlei staatliches Papiergeld während der Dauer des Privilegiums zur Ausgabe zu bringen.

Es besteht demnach begründete Hoffnung, daß die neue Notenbank einen gewichtigen Schritt nach vorwärts zur Sanierung bzw. Stabilisierung der deutschösterreichischen Währung darstellt. Ein Schritt, welcher mit der Schaffung eines entsprechenden Devisenvorrates und einer gewissen Abstinenz von nicht richtig gedeckter Neugeldschöpfung beginnen müßte.

Die kommende Leipziger Herbstmesse.

Aus Deutschland wird uns geschrieben: Am 27. August wird die diesjährige Leipziger Herbstmesse ihren Anfang nehmen. War in früheren Jahren der jeweilige Verlauf der Leipziger Messe bei aller Bedeutung, die ihr seit langem innewohnt, gleichsam eine innere Angelegenheit einer Reihe von deutschen Industriefirmen, so hat während des Krieges und nach ihm die Leipziger Messe einen ausschlaggebenden Einfluß auf die deutsche Industrie und den internationalen Handel gewonnen. Die Ursache für das schnelle Aufblühen der Leipziger Messe in den letzten Jahren ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß während des Krieges die Behinderung der Reisetätigkeit und der sonstigen Propaganda, namentlich im Ausland, das Interesse auch solcher Firmen und ganzer Industriezweige auf die Leipziger Messe lenkte, die bis dahin von dieser großzügigen Einrichtung keinen Gebrauch gemacht hatten. Die Einkäufer wandten sich während des Krieges wohl der Leipziger Messe in erster Reihe wegen der Warenknappheit in verstärkter Zahl zu.

Nach dem Kriege blieben die Gründe, die zur Steigerung des Besuchs der Messe geführt hatten, teilweise bestehen; aber der Umstand, daß auch jetzt noch immer weitere Firmen und Industriezweige zur Messe streben, zeigt, daß vor allem die Erkenntnis von dem großen Wert der Leipziger Messe weiter Wurzel gefaßt hat. Es gibt kaum einen Industriezweig in Deutschland, der nicht wenigstens mit einem Teil seiner Fabrikate auf der Messe vertreten ist, und die breite Grundlage, die das Leipziger Meßamt für den internationalen Handel geschaffen hat, trägt reiche Früchte.

Die Entwicklung der Verhältnisse auf der Leipziger Messe hat, wie schon oben gesagt, mehr und mehr dazu geführt, daß der jeweilige Geschäftsgang von einschneidender Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft ist. Angesichts der zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, die sich jetzt in schneller Zeitfolge abspielen, ist es sehr schwer, eine Voranzeige für die kommende Herbstmesse zu machen.

Eines darf indes jetzt schon als feststehend gelten: Die Beschickung der Messe durch die Industrie wird sehr groß sein, so daß den Einkäufern eine große Musterschau von kaum zuvor dagewesener Reichhaltigkeit zur Verfügung steht. Beweise dafür sind die zahlreichen Ausstelleranmeldungen. Eine andere Frage ist, ob die Preise den Käufern einen großen Anreiz bieten werden. Es ist kaum möglich, hierauf eine richtige Antwort zu geben. Die Teuerung hat gerade in den letzten Monaten so starke Fortschritte gemacht, daß die Produktion auf allen Gebieten immer kostspieliger wird. Ein Ende dieser Bewegung ist in Hinblick auf die schnelle Geldentwertung nicht abzusehen. Im Ausland hingegen geht die Preislinie für die meisten Waren nach unten. Das gilt besonders von den Ländern, in denen die Valuta vollwertig oder fast vollwertig ist. Der sogenannte Angleichungsprozeß, d. h. das Heranrücken der deutschen Inlandpreise an das ausländische Preisniveau, ist danach stark im Fluß. Im allgemeinen sind jedoch die deutschen Preise heute noch niedriger als die ausländischen, und wenn die Unterschiede auch ganz oder zum Teil durch Ausfuhrabgaben, Einfuhrzölle usw. ausgeglichen werden, so wird der sachkundige Einkäufer doch bei näherer Prüfung und Sichtung aller Voraussicht nach vieles auf der Herbstmesse finden, das, an der Qualität gemessen, preiswert ist.

Es liegt alles in allem kein Grund vor, die Aussichten der Herbstmesse pessimistisch zu beurteilen. Vielmehr steht zu hoffen, daß sie der deutschen Industrie und dem internationalen Handel einen neuen Antrieb bringen wird.

Geschäftsstockung in Lodz.

Die Zufuhr von Rohstoffen nach Lodz hat im Monat März d. Js. das höchste Niveau erreicht. Vom Mai ab machte sich eine gewisse Abflauung fühlbar, die im Juni und Juli immer mehr zunahm. Jene Fälle gehören heute zur Seltenheit, daß Baumwoll- und Wolltransporte auf den Bahnstationen unabgefertigt liegen bleiben und auf die Verzollung bzw. Zollrevision warten müssen, wie dies im März, April und Mai regelmäßig vorkam. In diesen Monaten betrug die durchschnittliche Anzahl der an den Bahnstationen liegen gebliebenen Waggons Baumwolle und Wolle 30 bis 50. Die Bahnverwaltung empfindet diese Sachlage als geringeres Einkommen. Der Mangel an Bargeld macht in den meisten Fällen die sofortige Einlösung der Transporte durch den Empfänger unmöglich, daher betrugen die Standgelder monatlich Summen von mehreren Millionen. Seit einiger Zeit sind diese Einnahmen fast gänzlich abgefallen.

Gleichzeitig mit der Verringerung der eingeführten Rohstoffmengen verringerte sich auch die Ausfuhr der fertigen Waren. Im März wurden einige zehn Waggons nach Sowjet-Rußland aufgegeben (Aufkäufe Gortschakows). Außer diesen Transporten ist die Ausfuhr aus Lodz mit 60 Prozent nach Kleinpolen gerichtet, teilweise transito nach Rumänien und den Balkanstaaten, nach Ungarn und Deutschösterreich, teilweise nach den Grenzstationen des östlichen Kleinpolens, wie Tarnopol, Podwolotschysk und über Kleinpolen hinaus nach Kowno. Dieser Teil ist hauptsächlich für die Bedürfnisse des Grenzhandels und des Handels mit der Sowjet-Ukraine bestimmt. Von den verbleibenden etwa 40 Prozent geht ein bedeutender Teil nach dem ehemals preußischen Teilgebiet und nach Pommerellen und der Rest nach den Stationen der nordöstlichen Gebiete, hauptsächlich nach Wilna und Molodetschno.

Die Ziffer dieser Ausfuhr war im Juni bedeutend niedriger als die Maiziffer, und der Juli kündigte sich noch schlimmer an.

Es ist dieses ein augenscheinliches Zeichen der politischen und finanziellen Unsicherheit des Staates, dessen entscheidende Faktoren den Bedürfnissen des Handels und der Industrie am wenigsten Rechnung tragen, von denen als Erstes und Grundlegendes eine klare und entschiedene Finanz- und Wirtschaftspolitik zu gelten hat, die wenigstens zum Teil die nur zu oft durch von außen herstammende Faktoren hervorgerufenen Schwankungen der Papiervaluta zu neutralisieren imstande ist.

Das plötzliche Hinaufschnellen des Dollars hat in der Industrie mit einem Schlage die Grundlagen der Preiskalkulation vernichtet. Der neue Kursstand ist so unsicher, daß er einer neuen Kalkulation nicht zugrunde gelegt werden kann, da kein Kaufmann auf das Risiko eingehen wird, das auch nur mit einem verhältnismäßig geringem Sturze der ausländischen Valuten verbunden ist. Es herrscht auch eine vollkommene Unklarheit in bezug darauf, in welchem Grade zu dem Sinken der polnischen Mark das Sinken der deutschen Mark sowie die deutschen wirtschaftlichen Einflüsse beigetragen haben und in welchem Grade unsere ungeklärte innere Lage.

Die Lodzer Industriekreise erwarten daher von der neuen Regierung, daß sie eine gesunde Wirtschaftspolitik durchführe, weil davon das Sinken der ausländischen Valuta abhängt. Es wird nur der Kurs bestehen bleiben, der dem wirklichen Verhältnis der polnischen Mark zum Dollar oder zu einer anderen Goldwährung in der jetzigen Zusammensetzung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen und Mitteleuropa entspricht.

Handelsnachrichten aus Polen.

= **Eine neue polnische Holzbank** soll Mitte d. Mts. mit dem Hauptsitz in Wilna und einem Stammkapital von 300 Millionen Mark eröffnet werden. Zu den Gründern gehören eine Anzahl polnischer Banken und eine Gruppe von Holzindustriellen aus den Ostprovinzen, die selber über große Wälder verfügen.

= **Die Organisation der polnischen Holzindustrie** hat durch die Angliederung Ostoberschlesiens an Polen eine Erweiterung und gewisse Abrundung erfahren. Zu dem Zentralverband (Oberster Rat) der polnischen Holzverbände, dessen Gründung wir bereits vor einiger Zeit gemeldet haben, gehören jetzt das galizische Holzsyndikat in Krakau, die Vereinigung der Holzkaufleute und -Industriellen in Posen, das Syndikat der Holzinteressenten in Lemberg, der Verband der Sägemühlenbesitzer in Bromberg, der Verband der Holzhändler und -Industriellen in Kattowitz und eine Reihe kleinerer Organisationen in Krakau, Lemberg und Warschau.

= **Die Ausbeutung der Bialowiescher Heide** sollte bekanntlich ursprünglich durch ein ausländisches Konsortium erfolgen. Nach langem Hin- und Herverhandeln war zu Anfang vor. Mts. bereits der Termin zum endgültigen Abschluß des Geschäftes festgesetzt worden. Der neuerliche Einspruch der polnischen Holz-Interessenten führte jedoch dazu, daß die Regierung neue Bedingungen stellte, die inzwischen von den Vertretern des ausländischen Konsortiums abgelehnt worden sind. Darum hat die Regierung selbst für September eine Auktion angesetzt, bei der das Recht der Abholzung in drei großen Losen versteigert werden soll.

= **Warschauer Akt.-Ges. für Lokomotivenbau.** Dieses Unternehmen ist im Mai 1920 mit einem Anlagekapital von 10 Millionen Mark gegründet worden. Ganz kurze Zeit nach der Gründung wurde das Aktienkapital auf 50 Millionen Mark erhöht. Noch im Dezember des Gründungsjahres hat die Vollversammlung der Aktionäre eine weitere Erhöhung auf 150 Millionen Mark beschlossen. Im Juli v. Js. waren sämtliche Aktien (800 000 Stück à 500 M.) Nominalwert mit einem Überpari-Erlös von 102 Millionen Mark untergebracht. — Wie aus der Bilanz für das erste Geschäftsjahr hervorgeht, stellten die Aktiva am 30. 6. 21 einen Wert von über 705 Millionen Mark dar, wogegen die Passiva etwa 604 Millionen Mark betrugen. — Neben dem Kapitalkonto der ersten beiden Emissionen besteht noch ein Reservefonds aus Überpari von 25,2 Millionen Mark. Der Reingewinn, von dem statutengemäß mindestens 5 Prozent auf das Reservekonto zu übertragen und weitere 20 Prozent als Gratifikationen für die Verwaltungsmitglieder und Angestellten zu verwenden sind, betrug für das erste Geschäftsjahr nahezu 26 Millionen Mark, so daß die Besitzer von Aktien der 1. und 2. Emission eine Dividende von etwa 27 Prozent vom Anschaffungswert der Aktien erhielten. Die Gesellschaft besitzt in Warschau an der Kolejowa und Karolkowastraße ein eigenes Grundstück von 46 677 Quadratmetern mit teilweise alten und teilweise neu erbauten Fabrikgebäuden; außerdem hat sie vom Eisenbahnministerium ein Grundstück von 3770 Quadratmetern Fläche gepachtet. Die Werkstätten sind mit Maschinen neuester Systeme versehen. Ein Vertrag mit dem Eisenbahnministerium garantiert der Fabrik für 9 Jahre volle Beschäftigung, teils in Reparatur alter Lokomotiven, teils in Neubau. Der Neubau von Lokomotiven soll noch in diesem Jahre begonnen werden.

= **Der Kanalbauplan Oberschlesien—Danzig.** Die „Gazeta Warsz." weist darauf hin, daß für den Bau eines Kanals zwischen Oberschlesien und Danzig bisher nur ganz allgemein gehaltene Pläne vorhanden seien, und daß man sich jetzt daran mache, Spezialpläne auszuarbeiten. Das Blatt betont, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn zu dem Zweck dieses Kanalbaues sich eine Aktiengesellschaft gründen würde, wie das gewöhnlich im Ausland der Fall sei. An dieser Gesellschaft würden sich der Staat, interessierte Städte und Ortschaften, Industrielle und Kaufleute beteiligen. Die Kosten des Baues dürften sich auf rund 30 Millionen Goldmark belaufen. Nach den vorliegenden Anschlägen würde der Verkehr von Schlesien nach Danzig, Warschau und Posen bis zu 7 800 000 Tonnen jährlich gesteigert werden können. Für den rückläufigen Verkehr wären freilich nur 1 580 000 Tonnen anzusetzen. Das Blatt stellt sich auf den Standpunkt, daß die Einnahmen aus diesem Kanal recht beträchtlich sein würden. Für die Bauzeit seien 8 Jahre in Anschlag zu bringen. Auf dem Abschnitt Goplo—Konin könnte die Arbeit bereits 1923, auf den übrigen Abschnitten 1924 beginnen.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= **Die Pflaumenernte in Jugoslawien.** Über die Aussichten der diesjährigen Pflaumenernte in Serbien, Bosnien und Slawonien berichtet die West Trading Co. Ltd. in Danzig: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sowohl in Serbien, als auch in Bosnien und Slawonien, einen weiteren günstigen Witterungsverlauf voraussetzend, durchschnittlich eine gute Mittelernte zu erwarten ist. Gut informierte Fachkreise schätzen das Ergebnis der diesjährigen Pflaumenernte in Serbien auf etwa 4500 und dasjenige Bosniens auf etwa 2500 Waggons Dörrpflaumen. In Slawonien wird die Pflaume vorwiegend nur für Brennzwecke verwertet. Pflaumenmus wird vorwiegend in Serbien und weit weniger in Bosnien (in Slawonien überhaupt nicht) erzeugt werden. Die Gesamtproduktion schätzt man auf 600—800 Waggons. Die Aussichten für das diesjährige Ergebnis der Apfel- und Birnenernte sind weniger günstig. Da die alten Vorräte hierin fast gänzlich gelichtet sind, dürften sich die Preise für gedörrte Äpfel und Birnen wahrscheinlich in aufwärtsstrebender Richtung bewegen. In Nüssen erwartet man, speziell in Bosnien, eine gute Ernte. Hervorgehoben muß werden, daß sich die Verkehrsverhältnisse wesentlich gebessert haben. Es werden amtlicherseits schon jetzt alle Vorkehrungen für einen möglichst raschen Warenabtransport, sowohl per Bahn als auch mittels Schiff, eifrigst getroffen.

= **Frankenkredite für Polen und Rumänien.** Die französische Regierung beabsichtigt, Polen und Rumänien Kredite von je 100 Millionen Franken zu gewähren. Der französischen Kammer sind, Zeitungsmeldungen zufolge, die Gesetzentwürfe noch vor den Sommerferien zugestellt worden.

= **Gesetz der Sowjets über die Aktiengesellschaften.** Die Sowjetregierung in Moskau hat ein Gesetz über Aktiengesellschaften veröffentlicht. Die Aktien dürfen unmittelbar nach Bestätigung der Statuten der Gesellschaften zur Zeichnung aufgelegt werden. Falls binnen drei Monaten ein Viertel des Kapitals nicht eingezahlt ist, gilt die Gesellschaft als nicht zustandegekommen. Dem Ausschuß, welcher mit der Erteilung von Konzessionen für Aktiengesellschaften beauftragt ist, liegen zahlreiche Entwürfe von Statuten vor. Es ist eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft genehmigt worden, welche die im Bau befindliche Eisenbahnlinie von lokaler Bedeutung Minussinsk—Aginsk (Westsibirien) übernehmen und den Bau zu Ende führen will. — Das bekannte „Moskauer Industrie-Kombinat", das eine Reihe staatlicher Betriebe umfaßt und dessen Direktorium und Aufsichtsrat aus Trotzki und seinen nächsten Mitarbeitern besteht, wird zu einer Aktiengesellschaft umgestaltet. Die bestätigten Statuten bestimmen u. a., daß die Begründer der Aktiengesellschaft und die Aktionäre keinen Anteil am Reingewinn haben.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	10. August	11. August
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—,—	155 +
Kwilecki, Potocki i Ska.	415—450 + N	475-490-460 + A
Bank Przemysłowców	200—195 + A	200 + A
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em.	220 + N	220 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań	350 + N	350 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	210 + N	220-260-250 + A
Bydgoska Fabryka Mydeł	125 + A	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em.	530—525 + N	485-515-500 + A
C. Hartwig	200 + A	—,—
Hartwig Kantorowicz	600—610 + N	620—630 + N
Hurtownia Związkowa	125 +	—,—
Hurtownia Skór I.—II. Em.	—,—	230—235 + N
Herzfeld-Viktorius	425 + N	425 + N
Luban, Fabr. przetw. ziemn.	3700 + N	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	210 + N	215 +
Patria	460 + A	—,—
Pozn. Spółka Drzewna V. Em.	—,—	640 +
Sarmatia I.—II. Em.	—,—	460 +
Tkanina	—,—	350 +
Tri	195 +	—,—
Bentzki I. Em.	590—600 + A	585—590 + N
Waggon Ostrowo	210 + N	—,—
Wytwornia Chemiczna III. Em.	170 + A	—,—
Zjedn. Browary Grodziskie	—,—	220 + A

Auszahlung Berlin 855—850. Umsatz: 6 270 000 dtsch. Mark. Dollars 7060—7100.

A = Angebot, N = Nachfrage. + = Umsatz.

Berliner Börsenbericht

vom 11. August.

Diskonto-Komm.-Anleihe	396.—	Polnische Noten	11.75
Danziger Priv.-Aktienbank	250.—	Auszahlung Holland	33 500.—
Ostbank	202.—	„ London	3880.—
Hartmann Masch.-Aktien	900.—	„ Neuyork	870.—
Phönix	2100.—	„ Paris	7000.—
Schuckert	980.—	„ Schweiz	16 600.—
Hapag	550.—	Koehlmann-Stärke	1800.—
$3\frac{1}{2}$% Pos. Pfandbriefe	24.25	Ungarische Goldrente	1145.—
Auszahlung Warschau	11.85		

= **Danziger Börse** vom 12. August. Polnische Mark 10,75, Dollar 775.